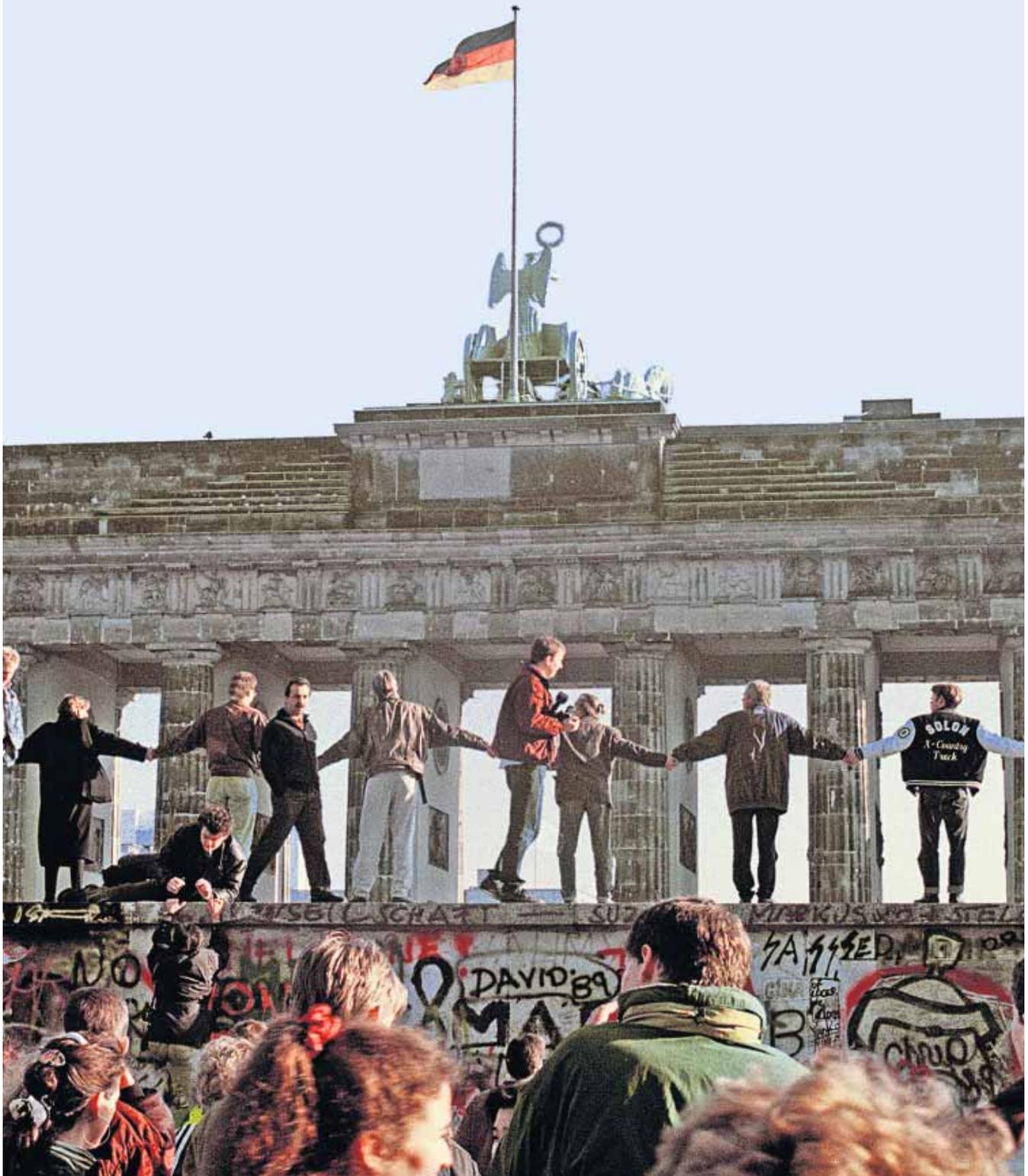


9. November 1989

JUNGE  FREIHEIT



Eine Sonderbeilage zum 25. Jahrestag des Mauerfalls

Editorial

Der 9. November –
Unser Tag der Deutschen Einheit

Wo warst du, als die Mauer fiel? Jeder, der den 9. November bewusst erleben durfte, hat sofort eine Antwort auf diese Frage parat. Wie ein Film ziehen die Bilder jener Zeit vor dem inneren Auge vorbei. Und je näher man damals am Geschehen dran war, mischen sich auch Gerüche und Geräusche in die Erinnerung mit ein.

„Die Maueröffnung war nicht geplant, sondern durch glückliche Versehen und Mißverständnisse zustande gekommen. Die waren freilich nicht ganz zufällig“, resümierte der frühere DDR-Bürgerrechtler und Theologe Richard Schröder. Genau davon möchten wir auf den folgenden Seiten erzählen. Und erinnern: sowohl an die Euphorie und Aufbruchstimmung, die jenen ungeplanten Ereignissen folgten, als auch an die nicht ganz so zufällige Vorgeschichte dieses deutschen Frühlings im Herbst.

Wo warst du,
als die Mauer
fiel?

Wie ein Film
ziehen die
Bilder vor dem
inneren Auge
vorbei.

Daß dem Ruf nach Freiheit so schnell der Ruf nach Einheit folgte, überraschte viele – vor allem im Westen. Andere waren da hellsichtiger: „Nicht wenige Menschen in der DDR sehen in der Wiedervereinigung die einzige Hoffnung, daß, wenn nicht sie selbst, so doch vielleicht ihre Kinder oder Kindeskiner jene Grundfreiheiten erlangen, die ihnen heute verweigert werden“, stellte der Schriftsteller Reiner Kunze bereits 1982 fest. Die Geschichte hat ihm recht gegeben, nur eben schon viel früher als erwartet. Ein „glückliches Versehen“. Aber kein Zufall.

CHRISTIAN VOLLRADT

Impressum

JUNGE FREIHEIT
Wochenzeitung für Debatte
Gegründet 1986 in Freiburg i. Br.
Wochenzeitung in Berlin seit 1994
ISSN 0932-660X

Herausgeber und Verlag
JUNGE FREIHEIT Verlag GmbH & Co.,
Hohenzollerndamm 27 a, 10713 Berlin
Tel. 030 / 86 49 53-0, Fax: 030 / 86 49 53-14

E-Mail: redaktion@jungefreiheit.de
Internet: www.jungefreiheit.de

Verantwortlich
Chefredakteur: Dieter Stein
Redaktion: Christian Vollradt
Layout: Daniela Lemke, Vera Wischniewsky

JUNGE FREIHEIT
WOCHENZEITUNG FÜR DEBATTE

„Ich hatte unrecht“

Linksruck hin, Entspannungspolitik her: Nicht jeder im Westen hatte die Wiedervereinigung abgeschrieben

Die Mauer war in meiner Kindheit eigentlich nur abstrakt vorhanden. Das galt trotz der relativen Nähe der „innerdeutschen“ Grenze zum Wohnort. Kleine Leute reisten kaum, wer keine Verwandten auf der anderen Seite hatte, kam mit den Realitäten der Teilung selten in unmittelbare Berührung. Die mittelbare war hingegen unvermeidbar, schon wegen der Präsenz der Bilder, des grauweißen Monstrums, des Todesstreifens, der Wachtürme, des Stacheldrahts, der Bewaffneten, des Aufmarschs am Morgen des 13. August 1961, des tollkühnen Sprungs über die provisorische Demarkation hinweg, derjenigen, die sich in einem Verzweiflungsakt aus den Fenstern der Häuser direkt an der Sektorengrenze fallen ließen.

Die Bilder waren allgegenwärtig in Zeitungen, den Illustrierten, den Broschüren, die zum 17. Juni, dem Tag der deutschen Einheit, verteilt wurden, in den Schulbüchern oder im Fernsehen, das gerade seinen Siegeszug antrat. Auch die Beurteilung war nicht zweifelhaft. Zwar gab es keine großen Demonstrationen mehr wie zu Beginn der sechziger Jahre oder Sprengstoffanschläge auf die Mauer, und die Zahl spektakulärer Fluchtaktionen schrumpfte, aber noch hielten sich die Einstellungen bei Eltern, Lehrern und sonstigen Autoritätspersonen, die die Einheit als Norm, die Spaltung als Anomalie und die Mauer als Skandal betrachteten; die Umrisse der Wetterkarte zeigten das ganze Deutschland, die DDR erschien in Gänsefüßchen, und wenn man „Päckchen für drüben“ packte, war das Wissen

um den Mangel an Perlonhemden und Nylonstrümpfen in der „Zone“ Nahrung für das eigene kollektive Überlegenheitsgefühl und den Willen, den „Brüdern und Schwestern im Osten“ zu helfen.

Erst mit fünfzehn Jahren habe ich die Mauer tatsächlich gesehen, bei einer der obligatorischen, politisch bildenden (und von den Teilnehmern regelmäßig zweckentfremdeten) Klassenfahrten nach Berlin. Da hatte sich die Atmosphäre schon deutlich verändert, waren die Haare länger, die Gesinnungen linker. Die Stunde politische Bildung zum Thema Teilung im „Deutschlandhaus“ absolvierten die meisten Mitschüler mißmutig oder aufsässig, jedenfalls desinteressiert oder bereit, den Funktionär, der vorne stand, mit einem kleinen „Systemvergleich“ – der immer zugunsten der DDR endete – aus dem Konzept zu bringen.

Wer jetzt noch an der Wiedervereinigung festhielt, war entweder älter, persönlich interessiert oder naiv. Immerhin ermöglichte Naivität aufschlußreiche Erfahrungen: etwa die eines in Hysterie ausbrechenden Kirchenkreises, der voller Entsetzen feststellte, daß eine Jugendgruppe im Sommer 1981 zum 20. Jahrestag des Mauerbaus einen Gedenkgottesdienst für dessen Opfer plante. Der Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan und die Verurteilung des Dissidenten Andrej Sacharow hatten den Gemeindevachstum verstört, ergänzt um die Vorstellung, daß, wer gegen Apartheid oder das Militärregime in Chi-

le auftrat, auch für die Menschenrechte im Ostblock eintreten müßte, und daß, wer für die Selbstbestimmung aller möglichen Völker in der Dritten Welt war, dem eigenen Volk dieses Recht schlecht verweigern konnte. Wirksamkeit ließ sich so selbstverständlich nicht entfalten, die Boykottmechanismen waren eingespielt, die innerkirchliche Konsens stand, wenn es gegen „Antikommunisten“, „Deutschnationale“ und andere „Entspannungsgegner“ ging.

Die
Entfremdung
der Jüngeren
gegenüber der
eigenen Nation
hatte ein drama-
tisches Ausmaß
erreicht.

Aber die Initiatoren hatten doch eine wichtige Lektion gelernt, im Hinblick auf die Glaubwürdigkeit des neuen Konsenses, den die Achtundsechziger gerade etablierten, was es also damit auf sich hatte, wenn von Herrschaftsfreiheit, Kritikfähigkeit und offener Diskussion gesprochen wurde.

Wem diese Einsicht nicht genügte, der begriff allerdings auch, daß ein Zurück in die gute alte Zeit des Kalten Krieges nicht nur unwahrscheinlich war, sondern auch gar keine Perspektive auf die Überwindung der Teilung bot. Für die Nachwachsen stellte die Einheit zu dem Zeitpunkt längst keine Erfahrungstatsache mehr dar, die Entfremdung gegenüber der eigenen Geschichte wie der eigenen Nation hatte ein dramatisches Ausmaß erreicht, die Vorstellung, daß die DDR „Ausland“ sei, griff um sich, aus Gründen der Bequemlichkeit genauso wie aus ideologischen Motiven. Aber es gab selbstverständlich Abwehler. Wider Erwarten und unklar



Jubelnde Menschen bei der Grenzöffnung zwischen Plauen und Hof: Den Landsleuten aufs Dach klopfen

Chronik 1989



FOTO: ACTUE ALLIANCE / LUKENLITZER

Hinweistafel „Auch drüben ist Deutschland“ an der Zonengrenze bei Lübeck: Perspektiven zur Überwindung der Teilung

konturiert entstand damals eine Szene, die den antipatriotischen Trotz verweigerte: Linksnationale und „neue Rechte“, Nonkonformisten – von grünen Außenseitern bis zu Nationalrevolutionären –, konsequente Friedensfreunde und unerwartete Zugänge aus der nationalen Dissidenz der DDR (etwa Wolfgang Seiffert und Hermann von Berg) wie des westdeutschen Establishments (etwa Günter Kießling oder Bernard Willms).

Der kleinste gemeinsame Nenner dieser einzelnen und Gruppen war die Vorstellung, daß sich die Einheit nur schrittweise und nur bei Anerkennung der Neutralität eines wiedervereinigten Deutschlands erreichen lasse. Für eine „Bewegung“ reichte das nicht, aber immerhin für interessante Querverbindungen, Seminarbetrieb, Treffen, die Gründung einer Zeitung, ein breites Feld der Subversion und der Nadelstichtaktik und eine Generalrichtung, die insofern zukunftsweisend war, als sie sich nicht mehr an den Lagern der alten Bundesrepublik orientierte, sondern ein neues nationales Selbstbewußtsein zum Ausgangspunkt aller politischen Entscheidungen machen wollte.

Das letzte Mal, daß ich die Mauer sah, bevor alles anders wurde, war am 7. Oktober 1989. Ich sollte einen Vortrag in West-Berlin halten und mußte die Transitstrecke nutzen. Der Verkehr war selbst für DDR-Verhältnisse dünn, was damit zusammenhing, daß man die Feiern zum „Tag der Republik“ abhielt. Der Rundfunk Ost berichtete über den planmäßigen Ablauf der letzten großen Propagandaschau, der Rundfunk West über die umfassenden Sicherungsmaßnahmen, weil das Regime Sorge hat-

te, es könnte zu Protesten der erstarkten Opposition kommen. Als ich nachts den Rückweg antrat und den Übergang erreichte, ließen die Grenzer mich einige Zeit warten, obwohl weit und breit kein anderes Fahrzeug zu sehen war.

Schließlich näherte sich ein Beamter, ich kurbelte die Scheibe herunter und dann kam mit unbewegter Miene: „Se ham nich abgeblendet! Standlicht, junger Mann!“ Erschrocken schaltete ich die Scheinwerfer herunter, während der Beamte den Wagen umrundete. An der Rückseite blieb er länger stehen und musterte die Aufkleber, die das Heck zierten, einer mit den Wappen von Bundesrepublik und DDR samt Schriftzug „Perspektive Deutscher Staatenbund“, einer mit der Friedenstaube und Schwarz-Rot-Gold und „Frieden schaffen – Deutschland vereinigen“.

Die, die so zäh am Gedanken der Einheit festgehalten hatten, erhielten nicht den verdienten Lohn für ihre Standfestigkeit.

Auf alles Mögliche gefaßt, wartete ich, bis der Grenzer wieder an der Fahrtür auftauchte. Der reichte mir aber nur die Papiere mit einem „So, so“, nickte und gab den Weg frei. Es kam darin eine gewisse Resignation zum Ausdruck, ein Ergebnis jener Verunsicherung, die die Mächtigen der DDR wie des Ostblocks überhaupt seit dem Sommer 1989 erfaßt hatte und

die sich in der nachlassenden Lust an der Schikane wie an der wachsenden Aufässigkeit der Untertanen äußerte. Wer schon so lange auf den Kollaps des Ostblocks gehofft hatte, sah das mit einer Mischung aus Erstaunen und Erwartung.

Trotzdem kamen Grenzöffnung und Mauerfall überraschend. Die Begeisterung angesichts dessen, was dann geschah, überdeckte sogar, daß die, die so zäh am Gedanken der Einheit festgehalten hat-

ten, nun keineswegs triumphieren durften oder wenigstens den verdienten Lohn für ihre Standfestigkeit erhielten. Das hat den einen oder anderen bitter werden lassen, ob der Undankbarkeit der Geschichte, aber es gab auch die Gelassenheit eines Armin Mohler, der dem „Kanzler der Einheit“ Respekt zollte, weil dieser das Notwendige tat und die Besserwisser wie die vaterlandslosen Gesellen beiseite schob.

Als im Herbst 1990 die Wiedervereinigung Deutschlands vollzogen wurde, war nur noch ein Rest jener Euphorie zu spüren, die uns im Herbst 1989 erfaßt hatte. Aber die Erinnerungen an diesen historischen Moment bleiben, mitsamt der persönlichen Färbung, die sie annehmen, und dem Kontrast zu dem, was im großen Rahmen geschah.

Für mich gehört vor allem die Fahrt dazu, die ich mit meinen Schülern an den Grenzübergang vor den Toren meines Dienstortes Wolfenbüttel machte. Wir verteilten uns in einer riesigen Menschenmenge, während sich in sehr langsamem Tempo die Kolonne der Trabants vorbeischoß, gelegentlich unterbrochen durch einen Wartburg oder einen importierten West-Golf, links und rechts flankiert von klatschenden, jubelnden, lachenden, weinenden Landsleuten, die den Wagen zur Begrüßung sanfter oder heftiger auf das Dach klopfen. Irgendwann machte ich auf der Gegenseite einen jungen Mann aus, Abiturient des vorigen Jahrgangs, einer, mit dem es oft und heftige Debatten gegeben hatte, nicht zuletzt über die Deutsche Frage. Er sah herüber, nickte mir kurz zu, wendete den Blick, besann sich, paßte eine Lücke zwischen zwei Fahrzeugen ab, lief hindurch, kam auf meine Höhe und bot mir die Hand: „Sie hatten recht, und ich hatte unrecht.“

KARLHEINZ WEISSMANN

19. Januar 1989

SED-Generalsekretär Erich Honecker erklärt, daß die Mauer so lange stehen bleiben werde, „wie die Bedingungen nicht geändert werden, die zu ihrer Errichtung geführt haben. Sie wird in fünfzig und auch in hundert Jahren noch bestehen bleiben, wenn die dazu vorhandenen Gründe nicht beseitigt sind.“

5. Februar 1989

Der 20jährige Berliner Chris Gueffroy wird bei einem Fluchtversuch über den Teltowkanal von einem DDR-Grenzsoldaten erschossen. Der 21jährige Christian Gaudian wird dabei schwer verletzt und am 24. Mai wegen „versuchten ungesetzlichen Grenzübertretts im schweren Fall“ zu drei Jahren Haft verurteilt. Chris Gueffroy wird am 23. Februar unter großer Anteilnahme beigesetzt, obwohl die DDR-Behörden seinen Tod zu vertuschen versuchen. Trotz Stasi-Kontrollen können West-Korrespondenten an der Beerdigung teilnehmen und darüber berichten.

3. April 1989

Der Minister für Nationale Verteidigung der DDR, Fritz Streletz, setzt durch „mündliche Beauflagung“ den Schießbefehl an der Staatsgrenze aus – wegen des geplanten Besuchs des französischen Präsidenten François Mitterrand: „Lieber einen Menschen abhauen lassen, als in der jetzigen politischen Situation die Schußwaffe anzuwenden.“ (Honecker)

18. April 1989

Geheimer erster Probe-Abbruch des „Eisernen Vorhangs“ durch ungarische Grenzsoldaten in der Nähe des Grenzortes Ragendorf (Rajka) im Dreiländereck Österreich-Tschechoslowakei-Ungarn.

2. Mai 1989



Oberst Balázs Nováky während der Pressekonferenz

Der ungarische Grenztruppen-Oberst Balázs Nováky gibt auf einer Pressekonferenz in der Grenzgemeinde Straßommerein (Hegyeshalom) den Abbruch des „Eisernen Vorhangs“ Richtung Österreich offiziell bekannt. Die Nachricht kommt über ARD und ZDF auch in der DDR an.

„Auf nach Berlin!“

Rasch eben in die künftige Hauptstadt: Eine Reportage aus der JF vor 25 Jahren

Wie schafft man es auf eine Postkarte? JF-Redakteure der ersten Stunde gelang dies, weil sie in der Nacht vom 10. auf den 11. November 1989 mit Zehntausenden auf der Berliner Mauer am Brandenburger Tor feierten – und eine deutsche Fahne dabei hatten! Im Gegensatz zum Festakt zur Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990, als der Platz vor dem Reichstag in ein schwarzrotgoldenes Fahnenmeer getaucht war, damals noch ein Unikum. Also hielt der Fotograf die fröhliche Gruppe mit Fahne für so ansprechend, daß sie ihren Weg auf die Postkarte (siehe *Abbildung rechts*) fand. Die dazugehörige Reportage wurde in der damals noch zweimonatlich erscheinenden JUNGEN FREIHEIT publiziert und gibt Zeugnis von der atemlosen Begeisterung, mit der wir den damaligen Ereignissen beiwohnten.

„Hast du schon gehört? In Berlin wird die Mauer abgerissen! Los, wir fahren hin!“

Freitag, 10. November

8.15 Uhr: Vor wenigen Stunden war die Nachricht um die Welt gegangen: Die DDR öffnet ihre Grenzen, die Berliner Mauer, die die alte Reichshauptstadt 1961 teilte, darf von Ost nach West an allen Grenzübergängen frei durchschritten werden. Eben hat mich ein Kommilitone aus dem Bett geklingelt und mir die Situation mit sich überschlagender Stimme geschildert.

11.00 Uhr: Kurz entschlossen starten wir zu fünf mit dem Auto. Vollkommen elektrisiert von den sich überstürzenden Ereignissen – stündlich kommen Meldungen über die begeisternden Szenen aus der bislang geteilten Stadt –, fahren wir über Karlsruhe, Frankfurt, Grenzübergang Herleshausen gen Berlin; immer wenn uns auf der Autobahn bereits „Trabis“ oder „Wartburgs“ begegnen, schwenken wir unsere mitgeführten Fahnen, ernten fröhliche Hupkonzerte. Hinten in der Heckscheibe haben wir ein Schild „Auf in die Hauptstadt“ befestigt.

„Ihr seid auch Deutsche!“

17.10 Uhr: Wir rollen ohne längere Wartezeit durch den Kontrollpunkt Herleshausen auf die Transitstrecke. Auf der gegenüberliegenden Fahrbahn eine endlose Schlange von Fahrzeugen aus der DDR, die nach Westdeutschland rollen. Presse, begeistert winkende Menschen säumen die Straße. Ein junges Mädchen läuft auf unser Auto zu und ruft lachend: „Ihr seid auch Deutsche!“ Es ertönen

Rufe „Deutschland, Deutschland!“, als wir unsere Flagge schwenken.

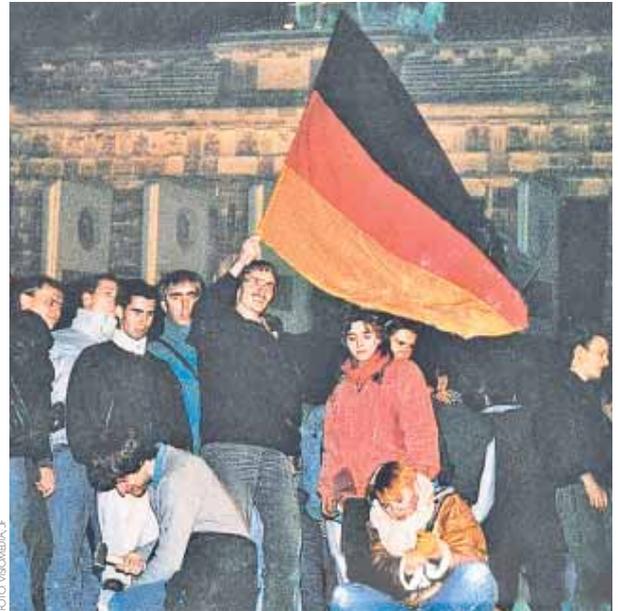
17.30 Uhr: Live-Übertragung der Reden vom Schöneberger Rathaus in West-Berlin. Enttäuscht hören wir die peinlichen, bestürzenden Worte des Regierenden Bürgermeisters Momper: hartnäckiges Plädoyer der Zweistaatlichkeit, spricht von einem „Volk der DDR“. Danach Willy Brandt, frenetisch gefeiert von „seinen“ Berlinern. Brandt war Regierender Bürgermeister, als 1961 die Mauer gebaut wurde. Er findet die Worte, die zünden. Eine geradezu patriotische Rede. „Berlin wird leben, und die Mauer wird fallen“, für diese Minuten vergißt man, was Brandt erst kürzlich Zynisches über die Forderung nach Wiedervereinigung gesagt hatte. Dann Genscher, auch betont national: „Es gibt keine kapitalistische, es gibt keine sozialistische, es gibt nur die eine auf der Freiheit begründete deutsche Nation.“ Danach wird Kanzler Kohl in beleidigender Weise ausgepöflet, schon bevor er begonnen hat zu sprechen.

18.14 Uhr: Meldung: Die Mauer wird bereits an mehreren Stellen von Ost-Berliner Seite abgerissen. Spontan intonieren wir das Deutschlandlied.

„Wenn ihr wüßtet, was uns diese Fahne bedeutet!“

23.00 Uhr: Wir haben Berlin erreicht. Mit drei schwarzrotgoldenen Flaggen ziehen wir über den total überfüllten Kurfürstendamm. Ganz Berlin ist auf den Beinen. Eine Millionenstadt feiert Wiedersehen. Menschen, wohin man sieht, Musik, Lachen, Menschen, die sich um den Hals fallen. Sobald Ost-Berliner, die heute eindeutig die Mehrheit bilden, die deutsche Fahne ohne Hammer und Zirkel sehen, kommt Beifall auf, ertönen „Deutschland“-Rufe. Eine West-Berlinerin jedoch: „Ihr seid ja so daneben; wenn ihr wüßtet, wie daneben ihr seid!“ Oder ein junger Mann: „Natürlich, ohne Fahne geht’s wohl nicht, ohne Fahne wird’s wohl nie gehen!“ Aber auch: Ein Ost-Berliner will uns unbedingt eine Fahne abkaufen.

„Wenn ihr wüßtet, was sie uns bedeutet!“
23.45 Uhr: Am Reichstag vorbei ziehen wir auf das Brandenburger Tor zu. Rund 7.000 Menschen stehen vor und auf der Mauer. Von einer improvisierten Diskothek ertönt Musik. Ich laufe auf die Mauer zu, von der sich mir Hände entgegenstrecken. Ich ergreife sie und werde hochgehoben. Ich kann es nicht fassen: Auf der Mauer, auf diesem verhassten Stück, das uns Jahre schmerzlich zerriß, nun vereint mit Jugendlichen aus beiden Teilen der



JF-Redakteure am 10. November auf der Mauer, später ein Berliner Postkartenmotiv: Dieter Stein, Martin Schmidt und Annette Hailer

heute vor Glück trunkenen Stadt! Ich hatte gehofft, daß wir noch durch das Brandenburger Tor laufen könnten, jedoch war dieses durch Vopos abgesperrt. Während dieser Nacht sprangen immer wieder einzelne auf Ost-Berliner Seite, um die Kette der „Volkspolizisten“ zu durchbrechen, mußten jedoch immer wieder hinaufsteigen. Es bot sich Gelegenheit zur Selbstdarstellung: Es sprangen Yuppies in ihrem dunklen Zweireiher hinunter, wie auch ein Splitternackter, bei dem die beherrzten Polizisten zunächst zögerten, ob sie ihn anfassen sollten, um ihn jedoch dann auch wieder hinaufzuheben. Die ganze Nacht durch erscholl der Ruf „Die Mauer muß weg!“, „Wir wollen rein!“, auch wurden die Vopos mit „Schweine“, „Nazis“, „Faschisten“ beschimpft.

Samstag, 11. November

Vopos haben die Mauer vor dem Brandenburger Tor inzwischen besetzt, als wir wieder unterwegs sind. Wie wir später erfahren, haben in den Morgenstunden Mitglieder des „Bundes Heimattreuer Jugend“ (BJH) ein Loch in die Mauer beim Brandenburger Tor gebrochen, dessen Bild um die Welt ging.

11.00 Uhr: Zu dieser Stunde platzt die Stadt aus allen Nähten, überall drängen sich die Besucher aus der DDR und Ost-Berlin vor den Geschäften, entläßt sich die Stimmung des Vortages in einem unsäglichem Konsumrausch.

19.00 Uhr: Wir sind inzwischen nach Ost-Berlin hinübergefahren und essen im „Palast der Republik“ (in dem sich auch die Volkskammer befindet) zu Abend.

Dort ersehen wir vom Kellner zwei Besenstiele, die wir später dann verwenden werden, um auf West-Berliner Seite ein Transparent zu befestigen.

22.30 Uhr: Bei der Gedächtniskirche starten wir mit dem an den Palast-Besenstielen befestigten Transparent mit der Aufschrift „Deutschland KRENZENlos – Einheit jetzt“ und unseren Flaggen, erhoffen uns eine größere Gruppe, mit der wir zum Brandenburger Tor ziehen. Bis zum Siegesdenkmal sind wir gerade nur zwanzig, zwischen durch von einem Kamerteam gefilmt, von West-Berliner Alternativen angepöbelt „Nazis raus!“, „Ihr wißt ja gar nicht, wie gefährlich ihr seid, haut ab!“, werden wir von einem Lesben-Pärchen angeschrien. Kurz vor dem Brandenburger Tor stoßen wir freudig überrascht auf eine Gruppe von 30 BJJ-lern, die mit einem Transparent „Neue Wege durch Glasnost – Deutschland los von West und Ost“ losgezogen waren. Mit ihnen ziehen wir noch einmal zum Tor, singen gemeinsam „Die Gedanken sind frei“, „Schwarze Fahne empor“ und das Lied, das uns Jugendliche aus der DDR beibrachten, die unseren Demonstrations-Zug begleiteten (nach der Melodie von „Lady in Black“ von Uriah Heep):

Tausend Meilen im Quadrat, nur Minenfelder, Stachelndraht, dann weißt du, wo ich wohne: ich wohne in der Zone. Doch einmal wird es anders sein, dann knasten wir die Bonzen ein, dann schmeißen wir Russen und Amis raus und bau’n ein einziges Deutschland auf!

Tausend Meilen im Quadrat, nur Minenfelder, Stachelndraht, dann weißt du, wo ich wohne: ich wohne in der Zone. Doch einmal wird es anders sein, dann knasten wir die Bonzen ein, dann schmeißen wir Russen und Amis raus und bau’n ein einziges Deutschland auf!

DIETER STEIN



Faksimile der JF-Ausgabe 6/89

„Laßt uns dir zum Guten dienen“

Erinnerungen an das Gesamtdeutsche Institut und die Deutsche Frage

Um das Zusammengehörigkeitsgefühl der Deutschen in Ost und West zu stärken, wurde 1969 das Gesamtdeutsche Institut – eine inzwischen weitgehend vergessene Behörde – gegründet. Diese Aufgabe sollte, wie es im Gründungserlaß vom Sommer 1968 des damaligen Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen, dem späteren Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen hieß, vorrangig „durch Informationsvermittlung“ geschehen. Etwa 250 Mitarbeiter in Bonn und West-Berlin beobachteten und analysierten die Entwicklung in der DDR im Laufe der Jahre und erfüllten auf dieser Grundlage ihre Informationspflichten gegenüber Regierun- gstellen und Öffentlichkeit.

Besonders in der politischen Bildungsarbeit war die Wiedervereinigung ein stets aktuelles Thema, auch wenn Ermüdungserscheinungen in Politik und Gesellschaft bei diesem Thema nicht zu übersehen waren. Mitarbeiter der Behörde stemmten sich unter diesen Umständen gegen einen feindlichen Zeitgeist. Sie erfüllten damit den Auftrag des Bundesverfassungsgerichts, das 1973 in seinem Urteil zum Grundlagenvvertrag zwischen Bundesrepublik und DDR ausdrücklich erklärt hatte: „Aus dem Wiedervereinigungsgebot folgt: Kein Verfassungsorgan der Bundesrepublik Deutschland darf die Wiederherstellung der staatlichen Einheit als politisches Ziel aufgeben, alle Verfassungsorgane sind verpflichtet, in ihrer Politik auf die Erreichung dieses Zieles hinzuwirken – das schließt die Forderung ein, den Wiedervereinigungsanspruch im Innern wachzuhalten und nach außen beharrlich zu vertreten – und alles zu unterlassen, was die Wiedervereinigung vereiteln würde.“

Wie keine andere Behörde hat sich das Gesamtdeutsche Institut in seiner politischen Arbeit an diesem Verfassungsauftrag orientiert. Natürlich gab es dagegen Widerstand. Er kam am heftigsten aus der DDR. Die SED-Führung hatte in den fünfziger und sechziger Jahren durchaus noch am Ziel der Wiedervereinigung festgehalten, wie es zum Beispiel im Text ihrer Nationalhymne von Hanns Eisler und Johannes R. Becher zum Ausdruck kam: „Laßt uns dir zum Guten dienen, Deutschland, einig Vaterland.“ Als 1951 der Autor in der 9. Klasse einer Potsdamer Oberschule den neuen Text auswendig lernen mußte und einige Klassenkameraden maulten, das bisherige Deutschlandlied sei besser gewesen, meinte unsere noch aus der „alten Zeit“ stammende Musiklehrerin nur: „Beruhigt euch; es hätte schlimmer kommen können.“ Und es kam schlimmer!

Irgendwann Anfang der siebziger Jahre verschwand der Text der DDR-Hymne stillschweigend aus der Öffentlichkeit. Er wurde in den Schulen nicht mehr gelehrt und auch sonst nicht mehr gesungen. Die SED-Führung hatte erkannt, daß es ein einiges Deutschland unter ihrer Führung

wohl nicht geben würde, und verabschiedete sich auch weitgehend von dem politischen Begriff Deutschland. Karl Eduard von Schnitzler frohlockte in dieser Zeit im Rundfunk, „Deutschland“ sei nur noch der Name eines Hotels in Leipzig, das dann bald auch noch umbenannt wurde. Dennoch hatte Schnitzler unrecht. An zwei wichtigen Stellen blieb auch der DDR Deutschland als Begriff erhalten: in der SED, der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, und im Namen ihres Zentralorgans *Neues Deutschland*. Letzteres heißt noch immer so.

Diese Auseinandersetzungen spielten in der politischen Bildung im Gesamtdeutschen Institut keine geringe Rolle.



Winken über die Mauer (1961): Abschied vom politischen Begriff Deutschland

Denn auch im Westen gab es Tendenzen, den Begriff „Deutschland“ als Beschreibung eines aktuellen Zustands möglichst bald verschwinden zu lassen. Häufig wurde er auf den westlichen Teilstaat beschränkt, der sich möglichst bald in einem vereinten Europa auflösen sollte. Besonders peinlich war diese Begriffsverwirrung, wenn im Fußball „Deutschland“ gegen die DDR spielte – und die DDR sogar 1:0 gewann. Auch musikalisch gab es im Westen Probleme. Jahrelang wurde die Nationalhymne, deren dritte Strophe bei offiziellen Anlässen gesungen werden sollte, im Schulunterricht schlicht ignoriert; kaum noch jemand konnte sie singen. Die Folgen waren dieselben wie in der DDR; man hörte sich – auch bei offiziellen Anlässen – die Musik von Haydn zwar stehend, aber schweigend an.

Zusätzlich wurde später noch verbreitet, das „Lied der Deutschen“ von Hoffmann von Fallersleben aus dem Jahr 1841, besonders seine erste Strophe, sei sowieso verboten. Das war zwar Unsinn, aber patriotische Gruppen aus Bundeswehr oder Jugendbünden fühlten sich oft erst dann sicher, wenn sie eine entsprechende Bescheinigung des Präsidenten des Gesamtdeutschen Instituts vorlegen

konnten, die ihnen selbstverständlich gern erteilt wurde.

Unter diesen Umständen wurde die Öffnung der Mauer am 9. November 1989 die Bewährungsprobe auch für die nationalpolitischen Bemühungen der Mitarbeiter des Gesamtdeutschen Instituts. Wie würden die Deutschen in Ost und West auf die plötzlich millionenfach gegebenen Möglichkeiten zur Begegnung reagieren? Würden sie „fremdeln“ oder doch dankbar vor allem nationale Gemeinsamkeiten (wieder-)entdecken? Wenn auch die individuellen Erfahrungen höchst unterschiedlich waren – im großen und ganzen fand doch recht schnell zusammen, was zusammengehörte. Dazu

Auch im Westen gab es Tendenzen, den Begriff „Deutschland“ verschwinden zu lassen.

Chronik 1989

7. Mai 1989



Wahllokal in Chemnitz, dem damaligen „Karl-Marx-Stadt“, während der Kommunalwahl am 7. Mai 1989

Kommunalwahlen in der DDR: Offiziell haben 98,85 Prozent der Wähler die Kandidaten der „Nationalen Front“ gewählt. Oppositionelle Gruppen, deren Mitglieder an der Stimmenaushaltung teilnehmen, können Wahlfälschungen belegen. Zwei Tage später gehen in Leipzig 70.000 Demonstranten gegen die SED auf die Straße; der Tag gilt seitdem als „Oktoberrevolution der DDR“.

25. Mai 1989

Das rot-grün regierte Berlin (West) stellt seine Zahlungen an die Zentrale Erfassungsstelle der Landesjustizverwaltungen in Salzgitter ein, deren Aufgabe laut Gesetz es ist, die in der DDR begangenen „Gewaltakte festzuhalten und dafür Sorge zu tragen, daß sie zu gegebener Zeit gesühnt werden können“. Bereits ein Jahr zuvor hatten die SPD-regierten Länder Bremen, Hamburg, Nordrhein-Westfalen sowie das Saarland ihre finanzielle Beteiligung eingestellt, im Januar 1989 folgte Schleswig-Holstein diesem Beispiel. Die SPD-Bundestagsfraktion hatte 1984 die Behörde als „wirkungslos und überflüssig“ bezeichnet. Die Vizepräsidentin des Berliner Abgeordnetenhauses, Hilde Schramm (Alternative Liste), weigert sich, die Mahnworte zu sprechen, mit denen seit 1955 der „unbeugsame Wille“ des Hohen Hauses bekundet wird, daß „Deutschland mit seiner Hauptstadt Berlin in Frieden und Freiheit wiedervereinigt werden muß.“

29. Mai 1989

Auf Einladung der SPD-Bundestagsfraktion besucht eine Delegation der DDR-Volkskammer die Bundesrepublik.

8. Juni 1989

Die Volkskammer bezeichnet das Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking als „Niederschlagung einer Konterrevolution“ in China. Auf einer deutsch-deutschen Konferenz in Saarbrücken, an der auch Oskar Lafontaine (SPD) teilnimmt, betont Egon Krenz (SED), daß „Träumereien“ von der „sogenannten Wiedervereinigung“ das Mißtrauen zwischen den europäischen Völkern weckten.

DETLEF KÜHN

Detlef Kühn war von 1972 bis 1991 Präsident des Gesamtdeutschen Instituts.

Taktieren im Talar

Die evangelische Kirche in der DDR konnte die Opposition nur fördern, indem sie selbst nicht oppositionell war

Im Herbst 1989 sah die evangelische Kirche in der DDR kurzzeitig wie die Siegerin der Geschichte aus. Ihre Gotteshäuser waren überfüllt, die Besucher machten – nach der bis heute populären Lesart – mit religiösen Verrichtungen (Gebeten) und Symbolen (Kerzen) dem SED-Regime den Garaus. Christlicher Glaube und politischer Freiheitsdrang, so die Fama, seien eins geworden und hätten die im Atheismus wurzelnde Diktatur niedergedrückt. Im Hochgefühl wurde den Ereignissen eine innere Folgerichtigkeit zugeschrieben, denn die Kirche sei stets eine wetterfeste Burg in roter Brandung, ein Hort der Wahrheit und Schutzraum für die politische Opposition gewesen.

Die Erzählung ist zu märchenhaft, um völlig wahr zu sein. In der Wirklichkeit schmolz die Schar der Kirchenbesucher schnell wieder auf den kleinen, harten Kern zurück. Die Bevölkerung, in 40 Jahren Sozialismus der Religion entwöhnt, war im Wendeherbst keineswegs vom Heiligen Geist erfüllt gewesen. Mangels Alternativen und in der politischen Artikulation ungeübt, hatte sie auf die liturgischen Formen und organisatorischen Möglichkeiten zurückgegriffen, die ihr die Kirche bot. Schnell mußten die Menschen erkennen, daß diese nicht ausreichten, um sich unter den neuen Bedingungen zu behaupten.

Auch war die evangelische Kirche kein monolithischer Widerstandsblock, sondern eine pluralistische Institution. Es gab Pfarrer wie den Bürgerrechtler Rainer Eppelmann, der seit 1979 in der Berliner Samariterkirche sogenannte Bluesmessen – Gottesdienste mit Bluesmusik – veranstaltete, die sich als Bestandteil der oppositionellen Jugendkultur etablierten. Der Leipziger „Revolutionspfarrer“ Christian Führer hatte 1982 in der Nikolaikirche mit den wöchentlichen Friedensgebeten begonnen, die 1989 zum Ausgangspunkt der Montagsdemonstrationen wurden. Der Rostocker Joachim Gauck, glaubensfest und staatsfern, vermied es, direkt in die politische Sphäre hineinzuwirken. In Erfurt hatte der langjährige Bischof Moritz Mitzenheim (1891–1977) den sogenannten „Thüringer Weg“ begründet. Dieser konservative Lutheraner, der in der NS-Zeit der Bekennenden Kirche angehört hatte, vertrat die Auffassung, daß die evangelischen Christen auch dem SED-Staat Loyalität schuldeten. Der Bischof der Pommerschen (damals noch Greifswalder) Kirche, Horst Gienke, biederete sich noch im Sommer 1989 bei Erich Honecker mit einer Ergebnissadresse an, die im SED-Zentralorgan *Neues Deutschland* prompt abgedruckt wurde. Ein Sonderfall ist der Berliner Konsistorialpräsident Manfred Stolpe, der sich in einer schwer einsehbaren Grauzone zwischen Staat und Kirche betätigte und dabei auch die Staatssicherheit kontaktierte.

Da wurde zwar kein Widerstand zelebriert, doch der Allmachtsanspruch der Partei zurückgewiesen.

Um den unterschiedlichen Handlungsweisen gerecht zu werden, muß man den politischen und historischen Rahmen betrachten, in den die Evangelische Kirche gestellt war. Die Landeskirchen der DDR gehörten bis 1969 der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) an. Die Unterstützung aus dem Westen sicherte ihnen das materielle Überleben, doch für die DDR-Führung bildeten sie in der Logik des Kalten Krieges lange eine fünfte Kolonne der Bundesrepublik. Der Staat übte lange Zeit einen enormen Druck aus. Ein vergleichsweise harmloses Beispiel: Von den zehn Kindern des Pfarrers Uwe Holmer, der dem gestürzten Erich Honecker 1990 Unterschlupf gewährte, durfte keines Abitur machen. Es wäre selbstmörderisch gewesen, die Konfrontation zu forcieren. Der Zeitzer Pfarrer Oskar Brüsewitz, der 1974 das vom Staat plakatierte Selbstlob „25 Jahre DDR“ mit dem Plakat „2000 Jahre Jesus Christus“ der Lächerlichkeit preisgab, blieb eine Ausnahme. Sein offener Widerstand endete

in einer Tragödie. Vom Staat drangsalieren, von der Gemeinde isoliert und von der Kirchenleitung im Stich gelassen, übergieß er sich am 22. August 1976 mit Benzin und setzte sich in Brand.

Eine Entkrampfung brachte das Treffen der evangelischen Kirchenführung mit Staats- und Parteichef Erich Honecker am 6. März 1978. Die DDR konnte es sich leisten, den Druck auf die Kirche zu mildern. Die Kirchenleitung kam Honecker entgegen und versicherte, sich nicht als Kirche gegen oder neben, sondern „im“ Sozialismus zu verstehen.

Ein Fremdkörper und Pfahl im Fleisch des Arbeiter-und-Bauern-Staates blieb sie gleichwohl. Zwar hatte sie 1969 die Trennung von der EKD vollzogen und sich im Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR (BEK) neu konstituiert, doch in den Statuten betonte sie weiterhin die „besondere Gemeinschaft der ganzen evangelischen Christenheit in Deutschland“.

Ihre Wirkung auf die Gesellschaft sollen einige persönliche Reminiszenzen aus Jahren 1983 bis 1989 illustrieren: Ich erinnere mich lebhaft an meinen ersten Kirchentag im Lutherjahr 1983 in Rostock, geleitet übrigens von Joachim Gauck. Ich war damals Armeeingehöriger beim Kommando Volksmarine, für den Besuch aber in Zivilkleidung geschlüpft. Religiös empfänglich, doch aus einem staatsstreuen Elternhaus kommend, überzog das politische Interesse. Das wurde bedient, aber nur am Rande oder in verschlüsselter Form. Die Stadt hatte ihre neue Sport- und Kongreßhalle zur Verfügung gestellt – eine freundliche Geste, die durch das Vermeiden direkter Systemkritik vergolten werden mußte. Das gab den Veranstaltungen – aus heutiger Sicht – einen verhuschten Charakter. Ich fand ihn mustergültig in einem Gedicht ausgedrückt, das bei einer Veranstaltung aushing und das ich in mein (heimlich geführtes) Tagebuch notierte: „Sie sagen, sie lieben die Menschen / und dennoch töten sie sie. (...) Sie sagen, sie lieben die Natur, / und dennoch zertreten sie Blumen. / Herr, ich habe Angst, wenn sie sagen: / Ich liebe Dich!“

Man muß die sentimentalischen Verse im damaligen Kontext verstehen: Ich entnahm ihnen den Protest gegen den Schießbefehl, die Umweltzerstörung,

gegen die erstickende Umarmung des Staates, die ich in der Armee besonders intensiv erlebte. Viele hatten solche Empfindungen, auf dem Kirchentag wurden sie endlich öffentlich gemacht und dadurch objektives Faktum. Weiter in meinen Notizen: „Viele Menschen, nicht uniformiert, sondern frei, ohne Verpflichtung gekommen, freiwillig eben.“

Eine Laienspielgruppe, 15jährige Schüler, mit kritischen Texten. (Sie handelten von der Militarisation in den Schulen.) Ein schönes Gefühl, endlich mal klatschen zu können, weil man wirklich zustimmt und sich dabei unter Gleichgesinnten befindet. Auf dem großen Parkplatz beim Gewerkschaftshaus an der Warnow der Abschlussgottesdienst mit 20.000 Menschen. Ja, doch, ich war gefangen.“ Auf dem Kirchentag 1983 wurde kein politischer Widerstand zelebriert, doch mit leiser Bestimmtheit der Allmachtsanspruch der Partei zurückgewiesen. Unter den herrschenden Umständen bedeutete das viel!

Beim Kirchentag der Berlin-Brandenburgischen Kirche vom Juni 1987 in Berlin aber knisterte die Luft. Die 750-Jahr-Feier der geteilten Stadt wurde in Ost und West mit großem Aufwand begangen. Wenige Wochen zuvor hatte David Bowie vor dem Reichstag ein Konzert gegeben, das über die Mauer in den Ostteil schallte, wo sich die Verbitterung der Jugendlichen in Tumulten und dem Ruf „Die Mauer muß weg“ Bahn brach. Amerikas Präsident Ronald Reagan forderte in einer spektakulären Rede am Brandenburger Tor den sowjetischen Parteichef Michail Gorbatschow auf, die Mauer niederzureißen. Und Honecker fieberte seiner Reise nach Bonn entgegen,



Transparent auf dem Kirchentag 1989: Pfahl im Fleisch des Arbeiter-und-Bauern-Staates

Chronik 1989

wo er die volle Souveränität der DDR demonstrieren wollte.

In der Marienkirche sprach der Gelehrte Carl-Friedrich von Weizsäcker, der Bruder des damaligen Bundespräsidenten, über den „Konziliaren Prozeß“ der christlichen Kirchen zur Rettung der Schöpfung. Die Akustik war katastrophal, die Aufforderungen, lauter zu reden, irritierten den Gast. Jüngere Besucher fühlten sich von den großen Visionen bald gelangweilt. Sie wollten Konkretes hören und erfahren. Sie fanden es im hochpolitischen Rahmenprogramm oder den Veranstaltungen der „Kirche von Unten“, einem Zusammenschluß politisch Oppositioneller unter dem Dach der Kirche. Sie veranstalteten Lesungen, Ausstellungen und verteilten Flugblätter gegen die staatliche „Praxis der Abgrenzung“. Die Amtskirche taktierte, mußte taktieren. Um die Erlaubnis für den Kirchentag in Berlin zu erhalten, hatte sie der staatlichen Forderung nach dem Ende der Bluesmessen zugestimmt. Dennoch genehmigte sie kurzfristig ein Konzert des Sängers Stefan Krawczyk, der sich einen Ruf als Systemkritiker erarbeitet hatte; ein halbes Jahr später wurde er mit seiner Ehefrau Freya Klier und weiteren Bürgerrechtlern verhaftet und in den Westen abgeschoben. Die Atmosphäre in der Samariterkirche war spannungsgeladen. Mitten im Konzert standen Besucher plötzlich auf und nahmen mit gezückter Kamera die Umstehenden ins Visier.

Zum Höhepunkt geriet eine Podiumsdiskussion über die Helsinki-Akte und zur Menschenrechtslage. Der Gemeindesaal war überfüllt, so daß ich nur noch auf dem Fußboden unmittelbar vor dem Tisch der Podiumsteilnehmer Platz fand, Auge in Auge mit Günter Gaus, dem ehemaligen Ständigen Vertreter der Bundesrepublik in der DDR. Mehrmals übergab ich ihm Zettel, die von hinten durchgereicht wurden. „Ich möchte ausreisen, können Sie mir helfen?“ Gaus schrie zurück: „Ich kann nichts versprechen, werde es aber versuchen.“

Die Fragen konzentrierten sich auf das brennendste Thema: Reisefreiheit! Die Szene wurde zum Tribunal, als Botschafter Ernst Krabatsch vom DDR-Außenministerium sich den Fragen stellte. Krabatsch hatte zahlreiche Verhandlungen im westlichen Ausland geführt und vertrat die DDR bei der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE). Er wirkte überhaupt nicht wie ein SED-Funktionär. Sein ganzer Habitus ließ erkennen, daß er gewohnt war, sich auf internationalem Parkett zu bewegen. Hier aber fühlte er sich eindeutig unwohl. Er sah sich in eine angstbefreite Zone mitten in der DDR versetzt. Für einen staatlichen Funktionär war das Neuland.

Die Fragen prasselten auf ihn nieder. Wann kommt die Reisefreiheit für DDR-Bürger? Was ist mit den Ausreiseträgern? Was mit der beschweisnen Wiedereinreise der Ausgereisten? Warum dürfen Bürger mit Westverwandschaft reisen,

die anderen aber nicht? Krabatsch sprach stockend über Frieden, Entspannung, Abrüstung, vom großen Ganzen. Es war das tausendmal Gehörte. Zwischenrufer unterbrachen ihn: „Kommen Sie zum Thema!“ Ein regelrechtes Gewitter brach über ihn herein. Er stotterte, sein Gesicht war hochrot, er bot ein Bild des Jammers. Selbst diesem im Grunde sympathischen Mann gelang es nicht mehr, den eigenen Bürgern die Politik der DDR plausibel zu machen.

Ein Eklat lag in der Luft. Um ihn abzuwenden, sprang Günter Gaus Krabatsch zur Seite. An das Publikum gewandt sagte er sinngemäß: „Ich weiß, Sie sind ungeduldig, und Sie haben jedes Recht dazu! Und ich, der aus dem Westen kommt, kann gut reden. Trotzdem muß ich Sie bitten, Geduld zu haben. Ich kann Ihnen nichts anderes sagen, und auch Herr Krabatsch kann Ihnen nichts anderes sagen. Alles, was Sie vorbringen, weiß er auch. Aber die Lage ist nun mal so.“ Und er schilderte die Kompliziertheit der deutschen Frage, die es nach DDR-Lesart gar nicht gab und über die der Botschafter nicht reden durfte. Tatsächlich legte sich die Erregung, doch der Staat und sein Vertreter, die vom Klassenfeind durch den Nachweis ihrer Unzuständigkeit in Schutz genommen worden waren, standen jetzt noch erbärmlicher da. Das aufgeworfene Problem und die eigene Lage aber erschienen auf den ersten Blick noch schwieriger und hoffnungsloser. Und auf den zweiten?

Die Kirche konnte nur solange Schutzraum für oppositionelle Kräfte sein, wie sie sich nicht selber als politische Opposition zu erkennen gab. Im dialektischen Spannungsfeld zwischen Anpassung und Kritik aber lag ein Freiraum für individuelle Entscheidungen. Ich hatte das Glück, 1986/87 Christian Führer näher kennenzulernen: Der Leipziger „Revolutionspfarrer“ war mein Taufpfarrer. Seine Freundlichkeit, seine Weltzugewandtheit, Tapferkeit und Energie schöpfte er aus

dem Gottvertrauen. Das Charisma der reinen Güte ging von ihm aus. Sein Motto für die Nikolaiikirche lautete: „Offen für alle“. Auch für Ausreisewillige, für Andersdenkende, für Atheisten, die schikaniert wurden und hier einen Ankerplatz fanden. In der Runde der Erwachsenenatüflinge wurde nur beiläufig von Politik gesprochen, doch manchmal war ihm die Anspannung anzumerken und deutete er an, daß es Kirchenfunktionäre gab, die seine großzügige Auffassung vom Auftrag der Kirche ablehnten.

Vom Klassenfeind in Schutz genommen stand der Vertreter des DDR-Staates jetzt noch erbärmlicher da.

Es ist aber nicht respektlos, zu fragen, ob er und andere ihren Standpunkt hätte durchhalten können ohne die Bremser und Kompromißsucher, die in brenzligen Situationen beschwichtigten, bei Inhaftierungen diskret vermittelten und zu diesem Zweck die grundsätzliche Loyalität der Kirche zum Staat betonten. Beide Tendenzen bildeten eine dialektischen Einheit, die den politischen Freiraum allmählich vergrößerte.

Pfarrer Führer war realistisch und souverän genug, zuzugeben, daß der Wendeherbst 1989 überwiegend von Atheisten in Gang gesetzt worden war. Die brauchten danach keine Fürsorge der Kirche mehr, die Ereignisse hatten sich von ihr emanzipiert. Bei einem Friedensgebet nach dem 9. November 1989 im Greifswalder Dom verlas die Pfarrerin Briefe von Armeeangehörigen, die von Schikanen und Drangsalierungen bei der NVA berichteten. Mehrmals unterbrach sie die Lesung mit der Aufforderung an die Versammelten, Buße zu tun, ihr Gewissen zu erforschen und eigene Schuld zu bekennen. Im Prinzip war das richtig, denn nahezu jeder hatte unter der SED-Diktatur freiwillig oder unfreiwillig Anpassungsleistungen erbracht und Schuld auf sich geladen. Aber jetzt war der denkbar falsche Moment für Selbsterkürnisung. Jahrzehntlang war Kritik am real existierenden Sozialismus als Zeichen geistiger, psychischer und moralischer Deformation abgetan oder auf den Einfluß des Klassenfeindes zurückgeführt worden.

Die Kritiker sollten den Fehler nicht in den Verhältnissen, sondern bei sich selber suchen. Aufgestaute Wut darüber entlud sich nun. Die überforderte Pfarrerin setzte die vormundschaftliche Praxis einfach fort. Aktion war jetzt gefragt, politische Wegweisung und Führung. Erregte Rufe hallten immer wieder durch das Kirchenschiff: „Ihr redet und redet. Nun tut doch endlich was!“ Sie blieben unerhört.

Hinterher wurde planlos demonstriert. Die Mauer war offen, die Machtfrage entschieden. Der Schutzraum Kirche samt ihren Gebeten und Kerzen war nicht mehr nötig. Was war jetzt zu fordern, zu tun? Die evangelische Kirche war keine Instanz mehr, die darauf Antwort geben konnte.

Der niedersächsische Oppositionsführer Gerhard Schröder (SPD) in der „Bild“-Zeitung: „Nach 40 Jahren Bundesrepublik sollte man eine neue Generation in Deutschland nicht über die Chancen einer Wiedervereinigung belügen. Es gibt sie nicht. Und es gibt wichtigere Fragen der deutschen Politik in Europa.“

Helmut Kohl und Michail Gorbatschow unterzeichnen eine Gemeinsame Erklärung, die unter anderem das „Recht aller Völker und Staaten, ihr Schicksal frei zu bestimmen und ihre Beziehungen zueinander auf der Grundlage des Völkerrechts souverän zu gestalten“, betont.

Die Außenminister Alois Mock (Österreich) und Gyula Horn (Ungarn) zerschneiden vor den Augen der Weltpresse den „Eisernen Vorhang“ bei Kroisbach (Fertőrákos). Seit Januar ist bereits über 7.000 DDR-Bürgern die Flucht in den Westen gelungen. Insgesamt 37.000 dürfen offiziell ausreisen.



Der Durchbruch: DDR-Bürger stürmen in Sopron ein Grenztor nach Österreich

In den östlichen Botschaften der Bundesrepublik haben über 150 DDR-Bürger Zuflucht gesucht. Sie hoffen auf eine Ausreise in den Westen. 2.144 DDR-Bürgern gelingt im Juli die Flucht.



Christian Führer: „Revolutionspfarrer“

THORSTEN HINZ

Köpfe des Herbstes 1989

Bürgerrechtler der ersten Stunde, die heute teils vergessen sind

Der messianische Moment in der Geschichte der DDR des Jahres 1989 liegt in den wenigen Tagen und Wochen vor dem Mauerfall. Es sind die Stunden, in denen erstmals Menschen das Wagnis auf sich nahmen und gemeinsam ihre Mündigkeit einklagten. Zu den Oppositionellen der ersten Stunde, die teils lange vor dem Herbst 1989 für ihre Überzeugung eintraten und kompromißlos Freiheit einforderten, zählten Bürgerrechtler wie Reinhard Schult, Wolfgang Templin oder Ralf Hirsch sowie die hier vorgestellten Namen.

Rolf Henrich



Mit Megaphon in Aktion

Am Anfang war das Wort. Dieser Leitsatz des Johannes-Evangeliums galt auch für den gleichwohl atheistischen Auftakt des so agonalen wie finalen DDR-Jahres 1989. Denn die vom Rechtsanwalt und SED-Mitglied Rolf Henrich im April 1989 im Rowohlt-Verlag erschienene Schrift „Der vormundschaftliche Staat: Vom Versagen des real existierenden Sozialismus“ überraschte die DDR-Machthaber vollkommen. War dieser Essay doch eine mit intellektueller Schärfe vorgetragene Anklage aus den eigenen Reihen, die gerade deshalb die sozialistische Nomenklatura desavouierte. Dabei war Henrich kein klassischer Bürgerrechtler. Fast ein Jahrzehnt war Henrich, geboren 1944 in Magdeburg, SED-ParteiSekretär des Rechtsanwaltskollegiums Frankfurt (Oder) gewesen.

Aus politischen Gründen scheuten die Machthaber vor einer Inhaftierung Henrichs zurück. Sie beschränkten sich auf den Parteiausschluss und entzogen ihm, der eine der größten DDR-Kanzleien unterhielt, die Zulassung als Rechtsanwalt. Zu einer Symbolfigur des Herbstes 1989 wurde er schließlich als Mitinitiator der Bürgerbewegung „Neues Forum“, wo er – neben Jens Reich – zu den wenigen Köpfen mit bürgerlichem Habitus zählte.

Jens Reich



Alex: Am 4. November 1989

Der 1939 in Göttingen geborene Professor Jens Reich, Arzt und Molekularbiologe, arbeitete seit dem schicksalhaften Jahr 1968 an der Akademie der Wissenschaften. Seit Mitte der achtziger Jahre brachte er bei oppositionellen Veranstaltungen seine Stimme ein und veröffentlichte – unter Pseudonym – Artikel in Westdeutschland. Für Bärbel Bohley und Katja Havemann war Reich aufgrund seines sozialen Prestiges eine jener Personen, die sie für ihr Vorhaben, eine breite Sammlungsbewegung zu initiieren, dringend benötigten. So steuerte er – ebenso wie Rolf Henrich – einen Textentwurf zum Gründungstreffen des Neuen Forums am 9./10. September in Grünheide bei Berlin bei. Aus beiden Entwürfen entstand der legendäre Aufruf „Aufbruch 89 - Neues Forum“. In der Folge avancierte Jens Reich zu einem der wichtigsten Repräsentanten der Revolution. So sprach er auf der Maskenkundgebung am 4. November 1989 auf dem Alexanderplatz in Ost-Berlin für das Neue Forum. Später saß er in der ersten frei gewählten Volkskammer. 1994 bewarb er sich als unabhängiger Kandidat für das Amt des Bundespräsidenten.

Vera Lengsfeld

Ausgerechnet aus der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) entstammten einige ihrer herausragendsten und klarsichtigsten Kritiker. Neben Rolf Henrich oder Wolfgang Templin gilt dies für Vera Lengsfeld, geboren 1952 in Sondershausen. Auch ihr oppositioneller Werdegang war nicht vorgezeichnet, wuchs sie doch in einem systemkonformen Elternhaus auf. Neben dem Vater, der zeitweise beim MfS arbeitete, war später auch ihr zweiter Ehemann Knud Wollenberger als „IM Donald“ für den DDR-Sicherheitsdienst tätig, was sie erst 1991 aus den Akten erfuhr. Lengsfeld studierte marxistisch-leninistische Philosophie, trat 1975 der SED bei und arbeitete an der Akademie der Wissenschaften der DDR. Wie etliche Parteigänger aus echter Überzeugung zweifelte sie bald an der SED-Politik, in der Theorie und

Wirklichkeit offenkundig auseinanderklafften. Wegen ihrer offensiven Kritik und ihrem Anschluß an oppositionelle Kreise wurde gegen sie ein Parteiverfahren wegen „Abwechlerlertums“ eingeleitet. Als sie 1983 öffentlich gegen die Stationierung sowjetischer Atomraketen in der DDR protestierte, wurde sie aus der SED ausgeschlossen und erhielt Berufsverbot. Danach schlug sie sich als Imkerin und Übersetzerin durch, bis sie an einer kirchlichen Hochschule das Theologiestudium aufnahm. 1987 war sie Mitbegründerin der Initiative „Kirche von Unten“, die sich gegen die politische Anpassung der ostdeutschen Amtskirche richtete. Als sie 1988 mit einem selbstgemalten Plakat an der liturgischen Staatsdemonstration für Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht teilnehmen wollte, wurde sie verhaftet. Aufgrund öffentlicher Proteste, auch aus dem Ausland, zog es die SED vor, ihre Opponentin zu einem kirchlichen „Studienaufenthalt“ nach England abzuschieben. Doch Lengsfeld kam rechtzeitig zurück in die Geschichte: Am Morgen des 9. November durfte sie wieder in die DDR einreisen, wo sie schließlich der neu gegründeten Grünen Partei beitrug und Mitglied der ersten frei gewählten Volkskammer wurde.

Rainer Eppelmann



Demokratischer Aufbruch

Äußerlich immer mehr wie ein Wiedergänger Wladimir Iljitsch Lenins wirkend, war Rainer Eppelmann, geboren 1943 in Berlin, von Anbeginn ein kompromißloser Antikommunist. Als Schüler besuchte er ein Gymnasium im westlichen Teil Berlins. Mit dem Mauerbau mußte er dieses in der 11. Klasse verlassen, die DDR verweigerte ihm das Abitur, da er nicht dem sozialistischen Jugendverband FDJ beitrug. Eppelmanns Traum, Architekt zu werden, war damit aus. 1966 verweigerte er den Wehrdienst und landete daraufhin für acht Monate im Gefängnis, zuerst in Neustrelitz und dann im Militärstraflager Ueckermünde. Nach dem Studium am Berliner Theologeseminar Paulinum wurde er 1975 ordiniert.

Als oppositioneller Jugendpfarrer Berlins stieg er in den Achtzigern zum Staatsfeind Nummer eins auf.

Zu seinen Bluesmessen in der Friedrichshainer Samariterkirche – heute die letzte evangelische Kirche im Stadtbezirk Friedrichshain, die noch „in Betrieb“ ist – pilgerten junge Leute von überall her. Durch diesen kirchlichen Raum schuf Eppelmann eine wesentliche Keimzelle für die Freiheits- und Friedensbewegung des sogenannten Arbeiter- und Bauernstaates. 1982 verfaßte er mit Robert Havemann den Berliner Appell, der sich gegen die offene Militarisierung der DDR-Gesellschaft wandte. Diese Kampfansage führte auf Anordnung Honeckers zur Festnahme Eppelmanns. Ihm wurde die Durchführung einer Unterschriftensammlung, die Schaffung einer illegalen Organisation, die Zusammenarbeit mit

DDR-feindlichen Kräften im Ausland sowie DDR-feindliche und antisowjetische Hetze vorgeworfen. Die Öffentlichkeit im Westen führte allerdings nach wenigen Tagen zur Entlassung Eppelmanns aus der Stasi-Haft. Um den unnachgiebigen Pfarrer dennoch mundtot zu machen, plante das MfS zwei Mordanschläge. Deren Ausführung unterblieb, da in Polen die Offiziere der Staatssicherheit, die am 19. Oktober 1984 den Priester Jerzy Popiełuszko ermordet hatten, verurteilt wurden. Im Herbst 1989 war Eppelmann zunächst Vertreter der Opposition am Runden Tisch und – Ironie der Geschichte – Verteidigungsminister der letzten DDR-Regierung, oder genauer: der einzige Abrüstungsminister der Geschichte.

Christoph Wonneberger

Geschichte ist eigenwillig. Dies gilt auch für ihre Gestalter. Wer an den Ausgangspunkt der Friedlichen Revolution in Leipzig denkt, hat heute automatisch den jüngst verstorbenen Pfarrer Christian Führer im Sinn. Dabei trat dieser erst ins Licht der Öffentlichkeit, als Christoph Wonneberger verstummt war – am 30. Oktober 1989 erlitt der Wortführer der Leipziger Revolution und Initiator der Friedensgebete einen plötzlichen Hirnschlag, der ihn für Jahre verstummen ließ. Dabei ist die Friedliche Revolution von Herbst 1989 vor allem das Werk dieses Mannes. Geboren 1944 in Wiesa, initiierte Wonneberger als Pfarrer der Dresdner Weinbergkirche den Sozialen Friedensdienst und begründete die Tradition der Friedensgebete. Für seine Unterstützung des Berliner Appells, für den er Unterschriften sammelte, wurde auch er von der Stasi heimgesucht. Nicht zufällig sah Eppelmann im Kollegen Wonneberger den wesentlichen Impuls-

Als
oppositioneller
Jugendpfarrer
Berlins
wurde er
zum DDR-
Staatsfeind
Nr. 1



Bundestagsgruppe von Bündnis 90/Die Grünen: Christina Schenk, Ingrid Köppe und Vera Wollenberger sowie (hintere Reihe v.l.n.r.) Wolfgang Ullmann, Konrad Weiß, Klaus-Dieter Feige, Gerd Poppe und Werner Schulz

geber für seine politischen Aktivitäten. Die Kirchenleitung versetzte ihren Unruhestifter an die Leipziger Lukasgemeinde. Hier war Wonneberger ab 1986 Koordinator der Leipziger Friedensgebete in der Nikolaikirche. Seine mutige, politische Predigt vom 25. September 1989 gilt als der eigentliche Aufruf der Friedlichen Revolution. Auch der 9. Oktober von Leipzig, der „Tag der Entscheidung“, an dem 70.000 Menschen auf die Straße gingen, ist mit seinem friedlichen Verlauf wesentlich das Verdienst Wonnebergers, der am selben Abend noch live ein Telefon-Interview in den ARD-Tagesthemen mit Hans-Joachim Friedrich gab. In seiner illegalen Pfarramtsdruckerei in Volkmarisdorf hatten er und seine Mitsstreiter 30.000mal den Anti-Gewalt-Aufruf vervielfältigt, mit dem auch erstmals die Parole „Wir sind ein Volk“ in die Öffentlichkeit gelangte.

Werner Schulz

Auch für den damals 18jährigen Werner Schulz ist der Prager Frühling 1968 und dessen militärische Niederschlagung ein Schlüsselerlebnis, das – so der Historiker Ilko-Sascha Kowalczyk – „aus einem frühen 68er einen reifen 89er werden ließ“. Der diplomierte Lebensmittelltechnologe, geboren 1950 in Zwickau, war Mitte der siebziger Jahre Bausoldat. Wegen seines Protests gegen die russische Invasion in Afghanistan 1979 verlor er seine Stelle an der Humboldt-Universität zu Berlin. Schulz arbeitete in kirchlichen Basisgruppen, ab 1981 war er Mitglied des überregional bekannten Pankower Friedenskreises. 1989/90 profilierte er sich rasch als einer der markantesten Vertreter des Neuen Forums am Zentralen Runden Tisch. In der letzten, im Frühjahr 1990 gewählten DDR-Vollversammlung stach Werner Schulz schnell als einer der scharfsichtigsten und rhetorisch gewandtesten Redner hervor. Dies zeigte sich auch im Deutschen Bundestag. Seine rhetorische Brillanz sicherte ihm später auch so manches Mandat. Seine fulminante Rede im Jahr 2005, als Kanzler Gerhard Schröder den Bundestag auflöste, hat längst Aufnahme in

Rhetorikschulungen und Sammlungen bedeutender zeitgenössischer politischer Reden gefunden.

Gerd Poppe

Gerd Poppe, geboren 1941 in Rostock, ist Veteran und Vordenker der DDR-Opposition. Nachdem er in Rostock Physik studiert hatte, gehörte er ab 1965 zum Milieu der Berliner Subkultur, das er entscheidend mitprägte. Er suchte den Kontakt ins östliche Ausland, besonders in die Tschechoslowakei zu den Akteuren der Charta 77. Wegen seines Protests gegen die Biermann-Ausbürgerung 1976 verlor er eine bereits zugesagte Stelle an der Akademie der Wissenschaften. Danach arbeitete er als Maschinist in Berliner Schwimmhallen, ab 1984 als Ingenieur im Diakonischen Werk. Gerd Poppe gehörte zu den atheistischen Aktivisten der unabhängigen Friedensbewegung in der DDR. Er hielt enge Kontakte zu Grünen-Abgeordneten in der Bundesrepublik, etwa Petra Kelly, und war 1985 Mitbegründer der Initiative Frieden und Menschenrechte (IFM), der ersten Bürgerbewegung der DDR. Zu deren weiteren Gründungsmitgliedern gehörten unter anderem Wolfgang Templin und Bärbel Bohley sowie Poppes zweite Ehefrau (Ulrike Poppe).

Poppe, der Mitherausgeber und Autor illegaler politischer Publikationen war, veranstaltete in seiner Wohnung, die zeitweise zentraler Treffpunkt der DDR-Opposition war, Lesungen nicht publizierter Schriftsteller. Von Dezember 1989 bis März 1990 vertrat Gerd Poppe die IFM am Zentralen Runden Tisch und engagierte sich besonders für die Erarbeitung einer neuen Verfassung der DDR und später des vereinigten Deutschlands. Im März 1990 wurde er Abgeordneter der Volkskammerfraktion von Bündnis 90 und gehörte zu den Protagonisten der Parteibildung und späteren Fusion von Bündnis 90 mit den Grünen. Von 1990 bis 1998 war Poppe Bundestagsabgeordneter für die Partei Bündnis 90/Die Grünen, danach bis 2003 Beauftragter der Bundesregierung für Menschenrechte.

Heiko Lietz



Heiko Lietz: Keine Gewalt

Als Sohn eines Pfarrers 1943 in Schwärin geboren, hatte Heiko Lietz – bei sieben Geschwistern – früh gelernt, sich auch rhetorisch zu behaupten. Während des Theologiestudiums in Rostock zählten Christoph Wonneberger, Joachim Gauck und Ulrich Schacht zu seinen Kommilitonen. Die Einberufung zum Wehrdienst hatte Lietz verweigert. Nach Untersuchungshaft und Subversion innerhalb der NVA wurde der Vikar schließlich zu den Bausoldaten gesteckt, wo er Proteste gegen den Einmarsch in die ČSSR 1968 initiierte. Später, in der Jugendarbeit seiner Gemeinde in Güstrow, sammelte er gefährdete Jugendliche um sich – nicht um sie zu bekehren, sondern ihnen ihr Selbstwertgefühl wiederzugeben.

Wegen theologischer Konflikte beendete er 1980 seine Tätigkeit in der Amtskirche. Als 1981 Bundeskanzler Helmut Schmidt mit Erich Honecker Güstrow besuchte, erhielt Heiko Lietz – vom MfS als OV (Operativ-Vorgang) „Zersetzer“ bearbeitet – Hausarrest. Während er bis 1988 als Hauswirtschaftspfleger arbeitete, wirkte er als Jugendbetreuer, Sozialarbeiter, Seelsorger und Friedensaktivist. Als dieser organisierte er 1984 das DDR-weite jährliche Treffen „Frieden konkret“. Dessen „DDR-weiten Arbeits- und Koordinierungskreis zum Wehrdienstproblem“ organisierte und moderierte er bis 1989 bei den Treffen in der Berliner Samariterkirche. Während Lietz damit in Mecklenburg der Mann der ersten Stunde war, wagte sich ein Joachim Gauck erst mit den ersten großen Demonstrationen in die Öffentlichkeit.

CHRISTIAN DORN

Chronik 1989

21. August 1989

Bei einem Handgemenge mit ungarischen Grenzsoldaten stirbt Kurt-Werner Schulz aus Weimar. Er ist der letzte DDR-Bürger, der bei einem Fluchtversuch erschossen wird.

23. August 1989

Hunderttausende Esten, Letten und Litauer demonstrieren mit einer Menschenkette in den baltischen Sowjetrepubliken für die Unabhängigkeit. Vier Monate später erklärt dann der Oberste Sowjet in Moskau die geheimen Zusatzprotokolle zum Molotow-Ribbentrop-Pakt für „juristisch unbegründet und ungültig“.

25. August 1989

Der ungarische Ministerpräsident Miklos Németh erklärt bei einem informellen Besuch in Bonn: „Herr Bundeskanzler, Ungarn hat sich entschieden, den DDR-Bürgern die freie Ausreise zu erlauben.“ Die DDR-Führung wird erst am 31. August vom ungarischen Außenminister Gyula Horn in Ost-Berlin offiziell darüber informiert.

10. September 1989

Die ungarische Regierung verkündet um 19 Uhr im Fernsehen, daß ab dem 11. September die Grenze zu Österreich für DDR-Bürger offen steht. Um Mitternacht wird die ungarische Westgrenze endgültig geöffnet.

11. September 1989

Der Vorsitzende des SPD-Parteirats, Norbert Gansel, fordert in einer aufsehenerregenden Stellungnahme ein deutschlandpolitisches Umsteuern seiner Partei: Das bisher propagierte Konzept des „Wandels durch Annäherung“ müsse durch das des „Wandels durch Abstand“ ersetzt werden. Das DDR-Innenministerium lehnt die Zulassung des Neuen Forums ab.

12. September 1989



Provisorisches Zeltlager zur Aufnahme von Übersiedlern in Bayern

Auf Beschluß des SED-Politbüros werden Anträge für die visafreie Reise nach Ungarn, Bulgarien und Rumänien nicht mehr von der Volkspolizei, sondern zentral von der Stasi überprüft. Tausende DDR-Bürger drängen sich in den provisorischen Aufnahmelagern in Bayern.

Es geschah am 9.

Ein chronologischer Überblick der Ereignisse am Tag

Die neue Reiseregulung

09:00

Im Ostberliner Ministerium des Innern trifft sich eine Arbeitsgruppe aus Mitarbeitern dieses Hauses sowie des Ministeriums für Staatssicherheit, um im Auftrag des SED-Politbüros einen Ministerratsbeschluss für die ständige Ausreise aus der DDR zu erarbeiten. Darin heißt es: „Privatreisen nach dem Ausland können ohne Vorliegen von Voraussetzungen (Reiseanlässe und Verwandtschaftsverhältnisse) beantragt werden. Die Genehmigungen werden kurzfristig erteilt.“ Dies soll am Freitag, dem 10. November, 4 Uhr, veröffentlicht werden.

Die SED-Spitze tagt

10:00

Beginn der Tagung des Zentralkomitees (ZK) der SED.

Der Entwurf wird vorgelegt ...

12:00

In einer Pause bestätigen Mitglieder des Politbüros den von den Experten erarbeiteten Entwurf für die Reiseregulung. Offiziere der Volkspolizei und der Stasi feilen an einer „Durchführungsverordnung“.

... und ve

SED-Generals Egon Krenz v im ZK den Re lungs-Entwurf.

... und die Freude unbeschreiblich

01:00

Tausende West- und Ostberliner überwinden die Mauer am Brandenburger Tor, gehen durch das Tor und tanzen vor Freude auf der Mauer. Die ersten „Mauerspechte“ bearbeiten den Beton auf der Westseite mit Hämmern und Meißeln. Ost-Berliner strömen zum Kurfürstendamm.

Die Nachrichten von Radio DDR I melden unter Berufung auf das Innenministerium, daß die Grenze „als Übergangsregelung“ bis zum Morgen, 8 Uhr, unter Vorlage des Personalausweises passiert werden könne. Die politische sowie die militärische Führungsspitze der DDR tritt in dieser Nacht öffentlich nicht in Erscheinung.



Die Mauer ist offen ...

00:00

Am Checkpoint Charlie gibt der Kommandant auf Ostberliner Seite den Befehl, die Tore zu öffnen. Kurz nach Mitternacht heißt es im Lagebericht der Volkspolizei, daß alle Übergänge an der Sektorengrenze geöffnet seien.

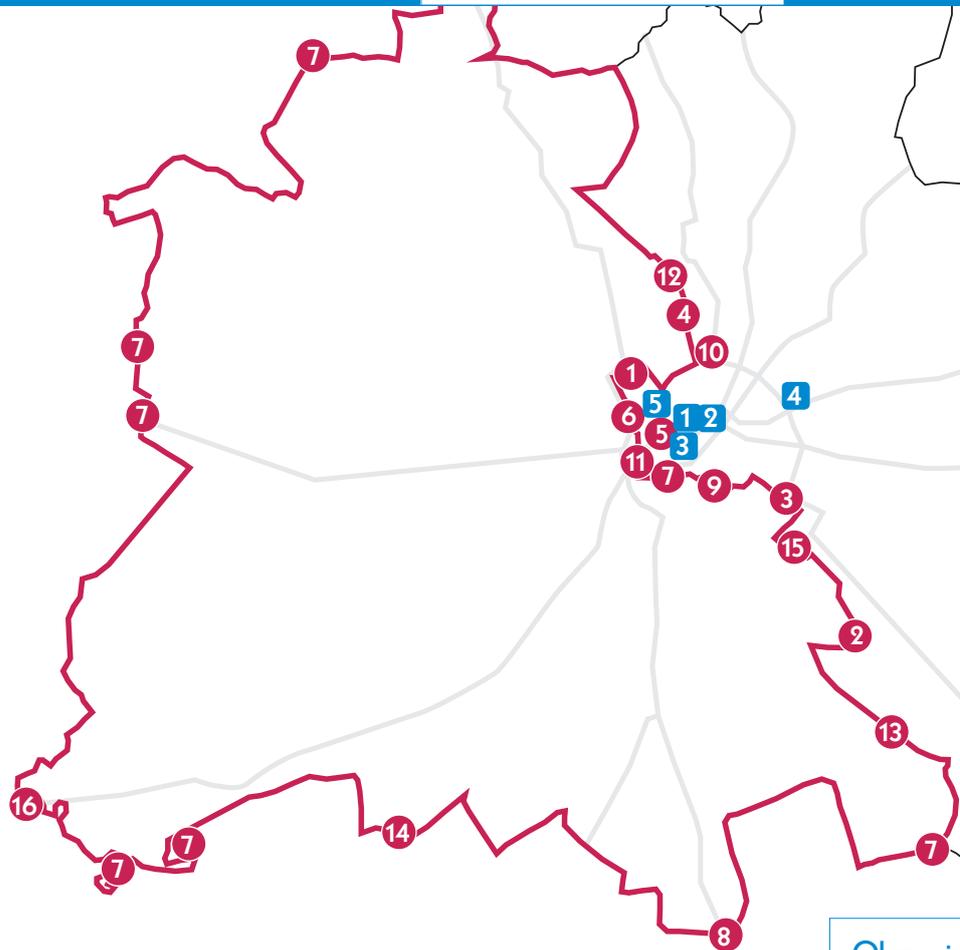
... unten aber schon

23:00

Unter dem Druck der Menschenmasse öffnet Oberstleutnant Jäger, ohne daß er dazu einen Befehl hat, an der Bornholmer Straße den Schlagbaum. Tausende strömen gen Westen.

Oben wird entschieden

Der Chef des Ministeriums Staatsicherheit Mielke, unter Krenz über di Der entscheid Dingen ihren lassen.



November 1989

des Mauerfalls in Berlin – im Uhrzeigersinn zu lesen

lesen

16:00

sekretär
erliest
eiserege-



Schabowski übernimmt

Krenz händigt diesen Entwurf als Beschlußvorlage des Ministerrats sowie eine dazugehörige Pressemitteilung dem Pressesprecher des ZK, Günter Schabowski, aus.

17:30

Eine Pressekonferenz ...

Beginn der Pressekonferenz im Internationalen Pressezentrum mit Günter Schabowski, der über die Ergebnisse der Politbürositzung am Nachmittag informiert.

18:00

... und die entscheidende Frage

18:53

Kurz vor Ende der Pressekonferenz fragt der italienische Journalist Riccardo Ehrman nach, ob der Entwurf des Reisegesetzes vom 6. November nicht ein Fehler gewesen sei. Schabowski antwortet unter anderem: „Und deshalb haben wir uns dazu entschlossen, heute eine Regelung zu treffen, die es jedem Bürger der DDR möglich macht, über Grenzübergangspunkte der DDR auszureisen. ... Also, Privatreisen nach dem Ausland können ohne Vorliegen von Voraussetzungen, Reiseanlässen und Verwandtschaftsverhältnissen beantragt werden. Die Genehmigungen werden kurzfristig erteilt ... Das tritt nach meiner Kenntnis, äh, ist das sofort, unverzüglich.“



Öffnungen der Grenzübergänge in Berlin

9. November 1989

- 21.40 Uhr ① Chausseestraße
- 21.40 Uhr ② Sonnenallee
- 22.00 Uhr ③ Oberbaumbrücke
- 22.45 Uhr ④ Bornholmer Straße
- 23.10 Uhr ⑤ Bahnhof Friedrichstraße
- 23.11 Uhr ⑥ Invalidenstraße
- 00.10 Uhr ⑦ Alle innerstädtischen Grenzübergänge

10. November 1989

- 08.00 Uhr ⑧ Mahlow
- 08.00 Uhr ⑨ Jannowitzbrücke
- 08.00 Uhr ⑩ Eberswalder Straße
- 08.00 Uhr ⑪ Potsdamer Platz
- 08.00 Uhr ⑫ Wollankstraße
- 08.00 Uhr ⑬ Stubenrauchstraße
- 08.00 Uhr ⑭ Teltow
- 13.00 Uhr ⑮ Puschkinallee
- 18.00 Uhr ⑯ Glienicker Brücke
- 18.00 Uhr ⑰ Falkenseer Chaussee

- 1 Ost-Berliner Ministerium des Innern
- 2 Zentralkomitees der SED
- 3 Internationales Pressezentrum
- 4 Ministerium für Staatssicherheit
- 5 Brandenburger Tor

Eine Meldung macht sich auf den Weg ...

19:05

Die DDR-Nachrichtenagentur verbreitet Einzelheiten der von Schabowski verkündeten Reiseregelung. Die westliche Agentur AP verbreitet als Eilmeldung: „DDR öffnet Grenze“. Unter derselben Schlagzeile beginnt um 20 Uhr die Tagesschau in der ARD.

d nichts
en ...

22:00

für
it, Erich
richtet
e Lage.
et, den
Lauf zu



... und steigt

21:20

Der stellvertretende Leiter der Paßkontroll Einheit an der Bornholmer Straße, Stasi-Oberstleutnant Harald Jäger, genehmigt einem Teil der Wartenden die Ausreise. Ohne deren Kenntnis wurde in ihrem Paß vermerkt, daß sie als Ausgebürgerte nicht in die DDR zurückkehren dürften.

Der Druck steigt ...

20:30

Am Übergang Bornholmer Straße fordert die Menge die Öffnung der Grenze. Die Situation spitzt sich zu, die diensthabenden Grenzsoldaten haben bisher keinen Befehl zur Öffnung der Grenze erhalten, und die Menge vor dem Grenzübergang ruft: „Tor auf! Tor auf“. Gegen 21 Uhr sind dort bereits mehr als 1.000 Menschen.



Tagesschau

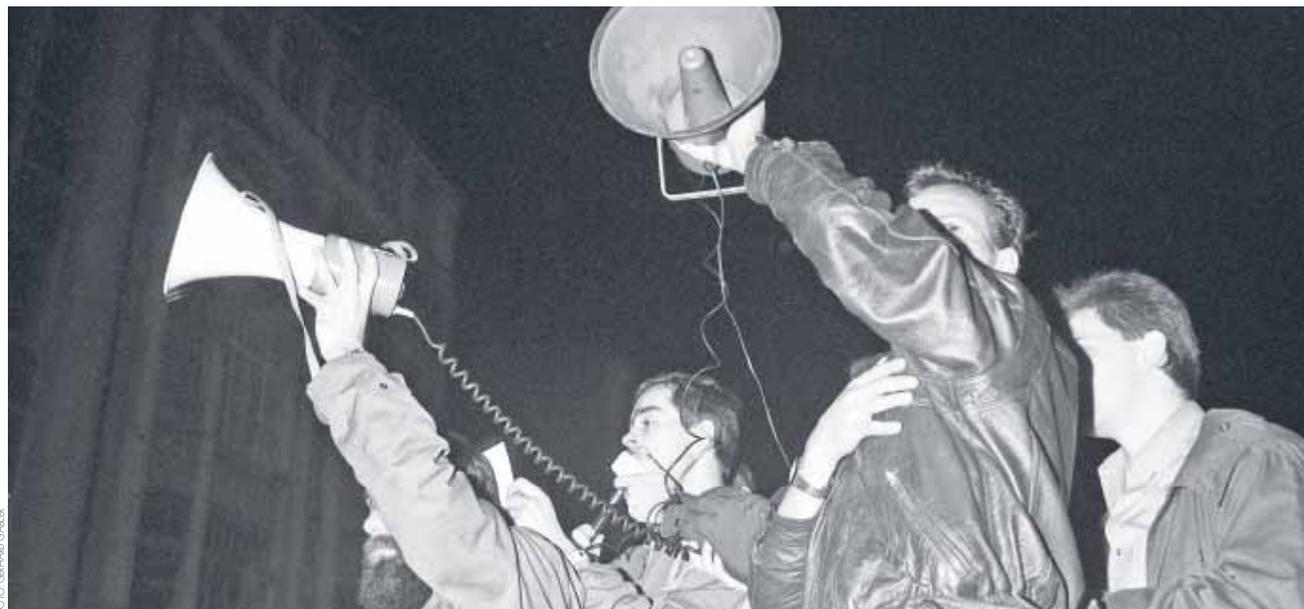
20:00



... und hat Folgen

20:15

An den Grenzübergängen Bornholmer Straße, Invalidenstraße und Sonnenallee versammeln sich auf Ostberliner Seite die ersten Menschen.



Falk Elstermann (M.) hält seine historische Rede am 30. Oktober 1989 in Leipzig: „Die Angst fiel von mir ab, es gab nichts anderes mehr, ich spürte die pure Freiheit!“

„Das hat mich regelrecht umgehauen“

Interview: Falk Elstermann hielt für das oppositionelle „Neue Forum“ die erste politische Rede auf einer DDR-Montagsdemonstration

Herr Elstermann, Sie haben als erster Vertreter des Neuen Forums – der wichtigsten Oppositionsgruppe im Herbst 1989 – auf einer Montagsdemonstration eine Rede gehalten. Wie kam das?

Elstermann: Ich hatte mich gewundert, wie wir jeden Montag durch Leipzig zogen – und tatsächlich auch immer wieder ungehindert am Ausgangspunkt ankamen. Aber niemand sprach zu den Demonstranten, und ich fürchtete, die Bewegung könnte ohne jemanden, der ihr Richtung und Ziel gibt, bald versanden.

Aber war es nicht gefährlich, eine politische Rede zu halten?

Elstermann: Natürlich, und wir rechneten fest damit, daß wer sich in solcher Weise exponiert, verhaftet werden würde!

Also warum ausgerechnet Sie?

Elstermann: Gute Frage, denn ich war nicht mal Mitglied des Neuen Forums. Ich kannte aber die Leute dort, und ich fragte Petra Lux, die schon vor 1989 SED-kritische Hauskreise veranstaltet hatte und inzwischen Sprecherin des Forums war, wie es denn nun weitergehen sollte.

Ich appellierte an sie, das Neue Forum müsse sich öffentlich zeigen! Es müsse den Menschen, die auf die Straße gehen, Führung geben! Und schon war ich zur nächsten Sitzung des Forums eingeladen.

Die, wie Sie später beschrieben haben, geradezu surreal verlief.

Elstermann: Absolut, denn es durfte dabei kein Wort gesprochen werden.

Wieso das?

Elstermann: Na, weil klar war, daß wir entweder verwandt oder im Fokus der Stasi-Richtmikrofone waren. Also wurde alles mit kleinen Zetteln diskutiert. Können Sie sich das vorstellen? Zehn Leute debattieren komplexe Fragen per Notizzettel, weil ihnen der Staat so sehr im Nacken sitzt. Gerade habe ich den neuen Dokumentarfilm „Citizenfour“ über Edward Snowden gesehen. Da gibt es eine ähnliche Szene. Gespenstisch. Gänsehaut pur! Jedenfalls dauerte es Stunden, aber am Ende fiel die Entscheidung: Bei der nächsten Demo am 30. Oktober sollte es eine Rede geben!

Im Neuen Forum versammelten sich vor

allem Künstler und Intellektuelle – gab es nicht geradezu eine Drängelei, die erste Rede zu halten?

Elstermann: Nein, am Ende lief es darauf hinaus, daß ich mich bereit erklärte. Immerhin war ich als Schauspieler sozusagen fachlich geeignet.

Hatten Sie Angst?

Elstermann: Mir war schon mulmig. Zwar war die große Angstdemo vom 9. Oktober vorbei, aber sicher konnte man sich keineswegs sein.

Die Montagsdemonstration vom 9. Oktober 1989 gilt heute als die entscheidende Machtprobe mit dem Regime – die die Demonstranten gewannen.

Elstermann: Noch bei der Demo am 2. Oktober hatte es gewalttätige Auseinandersetzungen und Inhaftierungen gegeben, und so war die Angst vor der Demo am 9. Oktober groß, es könne wie in China zu einer brutalen Niederschlagung kommen. Dann aber griff die Staatsmacht doch nicht durch, und damit entstand so etwas wie das erste echte Loch in deren Autorität. Heute wissen wir, es hat sich bis zum 9. November immer mehr erweitert. Damals aber war keineswegs klar, ob es sich nicht wieder zuziehen würde. Ich sagte ja, ich rechnete mit meiner Verhaftung nach der Rede. Wir hatten übrigens auch einen Personenschutz organisiert – aus heutiger Sicht natürlich eine naive Maßnahme: Drei, vier Leute standen um mich herum, während ich durch ein Megaphon sprach, und soll-

ten eventuelle Angriffe der Staatsmacht abwehren. Natürlich hätte das die Polizei keine Sekunde aufgehalten. Aber die Stimmung damals war so aufgewühlt, daß mir trotz der Angst nie ein Zweifel kam, daß das gemacht werden muß. Man spürte einfach, dies ist ein historisches Moment und es muß gehandelt werden!

Sie haben später geschildert, wie während der Rede alle Angst von Ihnen abfiel.

Elstermann: Wenn heute die Ereignisse vom Herbst '89 gefeiert werden, dann wird oft Beethovens Neunte gespielt: „Freude schöner Götterfunken“.

Genau das war mein Gefühl während der Rede! Es gab nichts anderes mehr, ich fühlte pure Freiheit! Und auch danach, nur Glück, daß wir es geschafft hatten – keine Angst mehr. Dann kamen die Menschen, gratulierten und dankten uns, es war großartig!

War Ihnen klar, daß nun der Tag des Mauerfalls quasi vor der Tür stand?

Elstermann: Überhaupt nicht. Wir gingen vielmehr davon aus, daß wir, wie in Polen, über Monate oder Jahre unsere demokratischen Rechte Stück für Stück würden erkämpfen müssen. Daß plötzlich die Grenze geöffnet wird und die SED quasi aufgibt, damit habe ich nicht gerechnet. Das hat mich regelrecht umgehauen!

Das heißt, der 9. November war für Sie zwiespältig: einerseits, Tag des Mauerfalls, andererseits das Ende für den sogenannten „Dritten Weg“, also eine eigenständige demokratische Entwicklung der DDR?



Falk Elstermann

Geboren 1961 in Pirna, gehörte Falk Elstermann zunächst der DDR-Nationalmannschaft der Bogenschützen an. 1989 hielt der Elektromaschinenbauer und Amateurschauspieler die erste Rede auf einer Montagsdemonstration. Heute ist er Geschäftsführer des traditionsreichen Kulturhauses „naTo“ in Leipzig.

Chronik 1989

Elstermann: Ja, allerdings würde ich das nicht auf den 9. November beschränken. Ich habe erlebt, wie sich auf den Montagsdemos die Stimmung änderte: Erst ging es um Meinungsfreiheit, dann um Reisefreiheit, dann um Wiedervereinigung und dann um die D-Mark. Unsere Hoffnung auf einen Dritten Weg wurde nicht von der Maueröffnung durchkreuzt, sondern von der Tatsache, daß das Volk diesen nicht wollte. Es gab vielleicht ein kleines historisches Fenster dafür, das sich aber schnell wieder schloß.

Sie sind enttäuscht?

Elstermann: Damals war ich es, weil ich glaubte, daß wir alle gemeinsam mehr Mut und Kreativität hätten entwickeln können. Schließlich war klar, daß eine Wiedervereinigung notgedrungen auf eine Art Annexion hinauslaufen würde: Wir würden das westdeutsche System übernehmen und uns nicht weiter mit dem, was die Bürgerrechtsbewegung in der DDR erreicht hatte, auseinandersetzen. Aber auch wenn ich das bis heute schade finde, sage ich: Das ist eben Demokratie, daß die Leute frei abstimmen können. Daß sie diese Freiheit dann anders nutzten, als wir uns das wünschten, das muß man akzeptieren. Für diese Freiheit hatten wir gekämpft.

Also, welches Verhältnis haben Sie jetzt zum Tag des Mauerfalls?

Elstermann: Sie werden es nicht glauben, aber ich habe ihn verpaßt! Ich ging am 10. November morgens völlig ahnungslos zur Arbeit und spürte nur, irgendwas ist heute anders in Leipzig ... In der Ritterstraße sah ich vor der Polizeimeldestelle eine lange Schlange. Was ist los? „Wir holen uns den Stempel, wir wollen ’rüber! Der Schabowski hat die Mauer aufgemacht.“ Ich konnte es nicht fassen! Ich dachte, die verklapsen mich. Erst als mir ein Polizist die Sache bestätigte, wurde mir klar, daß es wirklich passiert ist! Heute bin ich trotz allem sehr froh, daß es den 9. November

gegeben hat. Denn wie gesagt, der Staat hätte nach dem 9. Oktober den Sack auch wieder zumachen, hätte völlig irrational um sich schlagen können. Die Gefahr war real.

Also ist Ihr Verhältnis zum 9. November nur deshalb positiv, weil er die Abdankung der SED bedeutet, nicht weil er den Weg zur deutschen Einheit eröffnet hat?

Elstermann: Nein, so ist es nicht. Obwohl ich die verpaßte Chance bedauere, akzeptiere ich, wie es gekommen ist. Es war eine unglaubliche Zeit, und ich freue mich, daß wir es geschafft haben – einschließlich Wiedervereinigung. Natürlich gibt es heute viel, was ich kritisch sehe, aber das wäre auch beim „Dritten Weg“ so, denn auch das wäre kein Idealstaat geworden – das ist doch illusorisch.

Sie haben damals gefordert, das Neue Forum aufzulösen. Warum?

Elstermann: Ich glaube, weil ich ein Romantiker bin. Das Neue Forum hatte für mich die Funktion, sich gegen den Mißbrauch der Macht zu erheben, wie eine höhere Kraft, die uns alle gemeinsam beseelt. Diese Aufgabe war erfüllt. Ich meinte, nun solle man dieses Zauberwort – „Neues Forum“ – ruhen lassen, wie eine „heilige“ Institution des Volkes. Ich sah darin eine Art Instanz, die, wenn der Mißbrauch der Macht ein bestimmtes Maß erneut übersteigt, uns gemeinsam wieder dagegen aufstehen lassen würde. Ich glaube, ich habe dabei an Kaiser Barbarossa gedacht, der im Kyffhäuser sitzt und wiederkehrt, um aus großer Not zu retten. Ich habe Sie gewarnt, ich bin ein Romantiker!

Wie hat man beim Neuen Forum darauf reagiert?

Elstermann: Ich glaube, keiner hat verstan-

den, was ich gemeint habe. Da bin ich aufgestanden und gegangen.

Das Neue Forum wurde zu einer Partei, die mit den Grünen fusionierte.

„Schabowski hat die Mauer aufgemacht! Ich konnte es nicht fassen, ich dachte, die Leute verklapsen mich!“

Elstermann: Das war, was ich befürchtet hatte: daß es zu einer Institution wie jede andere werden und sich im politischen Alltagsgeschäft verlieren würde. Für mich ist das wichtigste Ergebnis des Herbstes ’89 die Bewusstwerdung der Fähigkeit zur Selbstermächtigung. Eine nicht physisch existente, möglicherweise mythologisch überhöhte Instanz ist doch viel wertvoller als eine Partei, die schließlich nur tut, was alle Parteien tun.

25 Jahre nach dem Fall der Mauer könnten in Thüringen die erste Regierung unter Führung der Linken entstehen. Für Sie ein Problem?

Elstermann: Wenn die Bürger eine Partei wählen, von der manche glauben, daß ihre Politik falsch oder gar gefährlich für unsere Grundordnung sei, dann muß diese ihr Angebot überprüfen und die Bürger zurückgewinnen. Die parlamentarische Demokratie ist ein Wettbewerb, den man nicht dadurch umgehen kann, daß man den politischen Gegner diffamiert oder gar verbietet.

Oha! Gilt das auch für die NPD?

Elstermann: Wenn zur Gewalt oder zur Abschaffung der Verfassung aufgefordert wird, wenn Menschen wegen ihrer Hautfarbe oder Religion diskriminiert werden, bin ich für das Verbot der Organisationen, die dahinterstehen. Solange das nicht der Fall ist, sollte man sich politisch auseinandersetzen. Daher hat es aus meiner Sicht auch keinen Sinn, wenn zum Beispiel die Vertreter der anderen Parteien das Fernsehstudio verlassen, weil dort NPD-Sprecher nach einer erfolgreichen Landtagswahl mit ihren unsäglichen Parolen auftreten. Für mich ist dieses Ausgrenzen ein Ausweichen, eine politische Bankrotterklärung. Man muß sich mit diesen Menschen auch direkt auseinandersetzen, wenn man ihre Politik bekämpfen will. Mit allem anderen bestätigt man nur die Vorurteile der Wähler dieser Partei.

Der Leipziger Bürgerrechtler Bernd Heinze bedauert heute, daß die SED nicht verboten wurde.

Elstermann: Für alles gibt es ein historisches Fenster. Damals wäre ich unbedingt für ein SED-Verbot gewesen. Heute die Linke wegen der SED nachträglich zu verbieten, wäre absurd. Sie ist eine existierende politische Kraft in unserem Land, und die Wähler entscheiden, welche Rolle sie in der Parteienlandschaft spielt.

MORITZ SCHWARZ

15. September 1989
Drei neue Oppositionsvereinigungen entstehen, darunter der Demokratische Aufbruch (DA).

27. September 1989

Eine auf Wiedervereinigung gerichtete Politik ist „reaktionär und hochgradig gefährlich“ (Gerhard Schröder in der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung“). Eine Woche zuvor mußte die bundesdeutsche Botschaft in Warschau wegen Überfüllung geschlossen werden. Die dortigen DDR-Bürger dürfen dennoch nicht ausreisen.

30. September 1989



Genscher 1989 in Prag

Außenminister Hans-Dietrich Genscher verkündet vom Balkon der Prager Botschaft die Ausreiseerlaubnis für die dortigen DDR-Bürger. In verriegelten Sonderzügen gelangen sie am 1. Oktober über das Territorium der DDR nach Hof in Bayern. Die Züge mit den Warschauer Flüchtlingen werden über Helmstedt nach Niedersachsen geleitet.

1. Oktober 1989

Die staatliche DDR-Nachrichtenagentur ADN kommentiert die Fluchtwelle: „Sie alle haben durch ihr Verhalten die moralischen Werte mit Füßen getreten und sich selbst aus unserer Gesellschaft ausgegrenzt. Man sollte ihnen deshalb keine Träne nachweinen.“ Etwa 21.000 DDR-Bürgern war im September über Ungarn die Flucht in den Westen gelungen.

2. Oktober 1989

20.000 Menschen demonstrieren in Leipzig für politische Reformen. Sie rufen „Wir sind das Volk!“ und „Wir bleiben hier!“ Die Einsatzkräfte gehen brutal vor, es gibt zahlreiche Verletzte und Festgenommene. Drei Tage später fordern Tausende Demonstranten in Plauen bei einer Kundgebung auf Plakaten unter anderem „Reisefreiheit – Meinungsfreiheit – Pressefreiheit“.

3. Oktober 1989

Die DDR setzt den visafreien Reiseverkehr mit der Tschechoslowakei aus, nachdem wieder Tausende in die Prager Botschaft geflüchtet sind. Reisen nach Polen sind schon seit 1981 nur mit Reisegruppe, Genehmigung oder Privateinladung möglich.



Transparente für die deutsche Einheit: „Es war eine unglaubliche Zeit und ich freue mich heute, daß wir es geschafft haben – einschließlich der Wiedervereinigung“

Auf der Mauer

Jubel in der Dunkelheit: Was einer der ersten Berliner auf dem zerbrechenden Eisernen Vorhang erlebte

Ich stehe unter dem erleuchteten Brandenburger Tor in dieser kühlen Nacht des 9. zum 10. November 1989, um mich herum Hunderte andere, wie ich wohl erfüllt vom gleichen Eindruck des wenige Tage zuvor noch Undenkbaren: Der unumkehrbaren Überwindung der Mauer, dem blutigen Symbol für die Teilung Berlins und die politische Erstarrung einer ganzen Epoche. Kein Schuß war gefallen, sowenig wie in den Wochen zuvor bei den Demonstrationen in der DDR.

Unfaßbar: Die DDR war augenscheinlich in dieser Nacht zum ersten Mal überhaupt in ihrer weltfremden Abschottung und Pseudosouveränität erschüttert worden. Nachhaltig – wie sich bald herausstellte. Die Grenztruppen konnten weder verhindern, daß die Menschen über die wenigen festungsartigen Grenzübergangsstellen von Ost nach West stömten, noch daß sich an verschiedenen Stellen auch in umgekehrter Richtung einzelne aufmachten, um endlich die östliche Stadthälfte ohne Hindernisse und Kontrollen zu erreichen. Dabei hörte von einer zur anderen Stunde in diesem Freudentaumel das DDR-Grenzregime praktisch auf zu bestehen und verlor erstmals seine drangsalierende Wirkung.

Schon seit Oktober war das System immer stärker erodiert. Ich erinnere mich sehr gut an den Abend des 9. November 1989. In den Abendnachrichten gegen 19.15 Uhr sehe und höre ich die lakonische Feststellung des SED-Sekretärs für Informationswesen, Günter Schabowski, die Reisefreiheit für DDR-Bürger gelte „ab sofort ... unverzüglich“. Daraufhin steht mein Entschluß fest, sofort an das Brandenburger Tor zu fahren. In unserem Käfer fahren mein Vater und ich die Straße des 17. Juni entlang, vorbei am Sowjetdenkmal im Tiergarten, bis kurz vor das Brandenburger Tor. Das ist wie immer erleuchtet.

Vor der Mauer haben sich einige Neugierige versammelt; etwa 30 Männer der Grenztruppe postieren sich auf dem Platz vor dem Brandenburger Tor. Ich nähere mich schon unmittelbar der Mauer, West-Berliner Polizei achtet weisungsgemäß höflich auf einen gewissen Abstand zur „Staatsgrenze der DDR“, kann aber die Überschreitung derselben auf westlicher Seite, wenige Meter vor der Mauer, nicht verhindern. Irgendwann, so gegen 22 oder 23 Uhr, skandieren wir immer öfter „Die Mauer weg!“, mehr und mehr Menschen fallen ein.

Eine Tür in der Mauer öffnet sich unvermittelt, und von der Ostseite her versuchen ein zivil gekleideter Herr im DDR-Trenchcoat, zur Tarnung mit einem veraltetem SPD-Wahlkampfabzeichen am Aufschlag, sowie eine Dame, uns von der Mauer wegzudrängen. Ohne Erfolg. Mit einigen anderen erklimme ich als erster die Mauer vor dem Tor. Die Grenzer reagieren prompt. Sie positionieren Wasserwerfer auf der Ostseite vor dem



Ein Mann trotz dem Wasserwerfer: Die Angst vor den „Grenzern“ wurde weggespült

Bauwerk und beginnen, uns mit einem harten Wasserstrahl auf der Mauer zu „bekämpfen“. Die Nässe und die Novemberkälte zwingen uns nach einiger Zeit, die Mauer zu verlassen, herunterzuspringen. Meine Lederjacke und die restliche Kleidung sind klatschnaß. Ein offenbar leicht angetrunkenen Mann harret noch aus. Reporter Tom Brokaw vom amerikanischen Sender NBC war Zeuge dieser Szene: „Da war etwa dieser junge Mann, wohl so Ende Zwanzig. Er stand da oben auf der Mauer, in seiner Lederjacke. Also sagte ich zu einem unserer Redakteure: ‘Los, holt mir den ran, er ist das Symbol des neuen Deutschland!’“ Der Mann steht bestimmt 15 Minuten im kalten Wasser. Mittlerweile haben sich immer mehr Menschen auf der Westseite vor dem Brandenburger Tor gesammelt. Auch die Presse wird immer zahlreicher und berichtet.

Bald, es ist wohl Mitternacht, geht das Gerücht um, über den nahe gelegenen Grenzübergang Invalidenstraße sei es möglich, ohne Paß in den Ostteil zu gelangen. Kurzentschlossen marschieren wir los und stellen schon in Höhe des Lehrter Bahnhofes fest, daß bereits Menschenmassen aus dem Westen Hunderte von Trabbis am Hamburger Bahnhof begrüßen. In einer nie zuvor erlebten Euphorie und Herzlichkeit treffen hier die Berliner aus Ost und West aufeinander, ebenso Polizei und Grenztruppe. Alle sind gerührt und ergreifen. Kontrollen finden in dieser Situation nicht mehr statt. Wir gelangen tatsächlich in den Ostteil, in dem es noch erstaunlich ruhig zugeht.

Zum ersten Mal fühle ich mich nicht unfrei in Ostberlin, nicht observiert. Ich

habe nicht einmal meinen West-Berliner Ausweis dabei. Die Chaussee- und die Friedrichstraße sind zu unserem Erstaunen menschenleer, gelblich fahl erleuchtete Fassadenfluchten säumen den Weg. Unser natürliches Ziel: Die „Linden“ und das Brandenburger Tor, diesmal von der Ostseite!

An der Kreuzung Unter den Linden/Friedrichstraße treffen wir auf zwei ungarische Diplomaten, die uns zu dieser historischen Nacht gratulieren. Aus der Ferne schon nehme ich wahr, daß auf der Mauer hinter dem hell erleuchteten Brandenburger Tor Menschen stehen. Die Grenztruppen sind auf den Streifen nördlich und südlich davon zurückgenommen worden und bilden eine Kette. Erstmals seit 1961 ist es in dieser Nacht gelungen, das Tor von der Ostseite aus zu durchschreiten – bisher undenkbar auch für Ostberliner. Stolz postieren wir uns vor laufenden Kameras unter dem Tor – samt einer DDR-Fahne mit herausgeschnittenem Emblem. Es wird gefeiert und sich verbrüdet, erst gegen 3 Uhr nachts klingt die spontane Feier friedlich aus.

Die wohl zeitweilig auch von den Ereignissen ergriffenen Grenzer erhalten nun Anweisung, uns über die Mauer zurückzudrängen, höflich fordern sie uns auf, das „Territorium der DDR“ zu verlassen und riegeln die Menge ab. Wir sind zwischen Tor und Mauer „eingekesselt“, ein seltsamer Zustand. Uns gelingt das Übersetzen nach Westen, allerdings nur per „Räuberleiter“ über die hier sehr breite Mauer.

Im Rückblick erscheinen mir diese Erlebnisse doch immer noch historisch, auch wenn die Entscheidungen und Pro-

zesse nicht allein an diesen Tagen zum Ende des starren Grenzregimes geführt hatten. Dennoch haben mich die Ereignisse in der Nacht vom 9. auf den 10. November tief beeindruckt. Gerade weil ich im Westteil der Stadt lebte. Ich wußte um die Mauertoten und erinnerte ihr Schicksal. Ich traf freigeverkaufte Häftlinge aus den Stasi-Gefängnissen. Mauer und Wachtürme? Sie gehörten auch zu meinem Alltag. Ich habe sie, so gut es eben ging, bekämpft.

Die Härte des Grenzregimes, die ständige Beobachtung und die Härte der Verhöre durch die Volkspolizei habe ich noch am 4. November selbst erlebt. Es war der Tag der großen Demonstration auf dem Alexanderplatz. 500.000 Demonstranten waren gekommen. Ich mußte einfach dabeisein.

Dann der 9. November. Ein Gefühl der Befreiung. Zum ersten Mal dieser unumkehrbare Geist der Freiheit. Ein ganzes Volk, das wieder eins werden will. Die Angst war verfliegen. Für immer.

Der ganze Mief der DDR verzog sich rasant, ihre Waffen hatten mit den ersten dankbaren und ebenso freundlichen Gesten vieler „Grenzer“ ihre Einschüchterung schlagartig verloren. Niemand von denen, die diese Nacht des 9. November 1989 erlebt hatten, nahm sie mehr ernst. Eine erste Sehnsucht hin zu einer Wiederherstellung der zerbrochenen Gemeinschaft der Deutschen erfüllte sich und erfaßte auch diejenigen, die zuvor abseits standen und erst einige Tage später den Ort des Geschehens aufsuchten. Nach 28 Jahren zertrümmerten sie mit ihren Hämmern dieses unnatürliche Bauwerk.

PATRICK NEUHAUS

In einer nie zuvor erlebten Euphorie und Herzlichkeit treffen die Berliner aufeinander.

Dieser unumkehrbare Geist der Freiheit. Ein ganzes Volk, das endlich wieder eins werden will.

„Es war unbeschreiblich“

Der 9. November 1989 änderte alles – auch für einen Kommandeur im Bundesgrenzschutz

Als er am späten Abend die Wohnungstür aufschließt, kommt ihm sein Sohn aufgeregt entgegen: „Papa, ihr habt Alarm! In Helmstedt ist die Grenze offen ...“ Bernd Kahnert kann es zuerst nicht fassen. Was war passiert? Der Polizeidirektor im Bundesgrenzschutz, seit 1984 Kommandeur der Abteilung Nord 4 in Braunschweig, zieht die Uniform an und läßt sich sofort zu seinem Dienstsitz fahren. Er war zuvor gerade bei einem Vortrag zum Thema „Museen in der DDR“. Ausgerechnet dieses Thema. Ausgerechnet an diesem 9. November 1989. Deswegen hatte er keine Nachrichten gesehen, nichts mitbekommen von jener denkwürdigen Pressekonferenz des Politbüromitglieds Günter Schabowski.

Am Grenzübergang Helmstedt/Marienborn stauten sich schon die Trabis, es herrschte ausgelassene Stimmung. Die Besucher aus der DDR wurden von ihren Landsleuten aus dem Westen euphorisch begrüßt. Manche Leute hätten sich Stempel des Bundesgrenzschutzes auf Zehn-Mark-Scheine drücken lassen – „Sonst glaubt mir das zu Hause keiner, daß ich im Westen war“, so die Begründung. „Es war unbeschreiblich“, so Kahnert heute rückblickend. „Ab und zu mußten unsere Beamten dort am Übergang auf ihrem Posten abgelöst werden, nur um einfach mal frische Luft schnappen zu können; wegen der vielen Zweitakter herrschte da ein furchtbarer Gestank, die wurden ganz blaß um die Nase“, meint er amüsiert.

Hatte er etwas geahnt?

„Also, daß die drüben so schnell die Mauer und die Grenze öffnen, nicht. An die Wiedervereinigung geglaubt hatte ich schon. Das hatte ich auch meinen Beamten immer gesagt: daß diese Teilung in zwei deutsche Staaten unnatürlich ist, daß das so nicht ewig bleiben kann.“ Und natürlich waren die Entwicklungen in der DDR auch am BGS nicht spurlos vorbeigegangen. So wurden in Braunschweig zum Beispiel Übersiedler in einer Grenzschutzkaserne untergebracht. In Helmstedt war Anfang Oktober ein Zug mit den Botschaftsflüchtlings aus Warschau eingetroffen. Als dieser Zug in den Bahnhof rollte, waren alle Fenster heruntergelassen, erinnert sich Kahnert. Die Flüchtlinge – „alles junge Leute“ – lehnten sich heraus und riefen immer wieder nur ein Wort: „Deutschland!“ – „Das war ein Gänsehautmoment!“

In seiner gesamten Karriere habe es ihn immer an die innerdeutsche Grenze gezogen, sagt Kahnert, der nach dem Abitur Anfang der sechziger Jahre als Offizieranwärter zum BGS geht. Verschiedene Aufgaben nimmt er dort wahr; etwa in der deutsch-deutschen Grenzkommission, die den Verlauf der Grenze zwischen Bundesrepublik und DDR feststellen sollte. Er war zuständig für die Befragung geflüchteter Angehöriger der „bewaffneten



BGS-Beamte (in der Bildmitte Bernd Kahnert) 1989 mit Offizieren der DDR-Grenztruppe

Organe“ und mußte dabei auch schon einmal zwei getürmte DDR-Grenzer aus dem Wohnzimmer eines BGS-Beamten abholen, die dort bewirtet, aber noch gar nicht entwaffnet worden waren. Als Kommandeur in Braunschweig ist Kahnert dann zuständig für die Grenze entlang der Landkreise Helmstedt und Wolfenbüttel. „Ich habe immer Wert darauf gelegt, daß wir möglichst oft Patrouille fahren, um zu beobachten, was drüben vor sich geht. Nur durch die Sammlung möglichst vieler, selbst kleinster Details, entsteht ein brauchbares Lagebild.“ Auf diese Weise stellte der BGS zum Beispiel fest, daß durch verdeckte Schleusen in den Sperranlagen der DDR Leute im Auftrag der Staatssicherheit die Grenze passieren konnten.

Gab es denn schon vor dem November 1989 Kontakte zu den Grenzern drüben? „Eigentlich nicht. Oder jedenfalls äußerst selten“, so Kahnert rückblickend. „Ab und zu bekamen wir mit, wenn sogenannte Entlassungskandidaten drüben waren, deren Wehrdienst bei den Grenztruppen zu Ende ging. Dann zeigte uns der eine lachend sein Maßband, während der andere aufpaßte, daß keine anderen Grenzer die Szene beobachten konnten.“

Nach dem 9. November muß Kahnert die Beobachtung der Grenze weiter intensivieren, wenn auch aus ganz anderen Gründen als zuvor. Überall schwirren Gerüchte über neue Grenzöffnungen. Zuständig für solche Öffnungen, so Kahnert, seien die örtlichen SED-Funktionäre gewesen. Und in den Dörfern steigt der Druck. In einem Ort etwa habe eine Demonstration direkt am Zaun stattgefunden, die Bewohner hätten den Parteisekretär regelrecht körperlich bedrängt.

Für Polizeidirektor Kahnert gibt es auf der Westseite ein anderes Problem. Am Sonntagabend, den 11. November, haben bei Mattierzoll Westdeutsche DDR-Gebiet betreten und sind bis an den Sperrzaun gegangen. „Ich hatte die Befürchtung, daß

dies eine zügige Öffnung der Grenze dort eher verhindert, deswegen forderte ich die Leute dort auf, solche leichtsinnigen Sachen zu unterlassen.“ Über Funk erfährt Kahnert, daß bei Bad Harzburg die Grenze gerade geöffnet wurde. Sofort läßt er sich mit einem Hubschrauber dorthin fliegen. Schier unglaubliche Szenen spielen sich da ab. Von Westen und von Osten strömen Menschenmassen heran, es gibt bald kein Vor und kein Zurück. BGS-Leute stehen am östlichen Ufer des Grenzflüsschens Ecker – bereits auf DDR-Gebiet, um den Menschen dort nach Westen hinüberzuhelfen, während die DDR-Grenzer eher verschüchtert hinter dem Zaun standen.

Am folgenden Tag informiert der BGS-Posten bei Mattierzoll Kahnert, daß sich dort etwas tue. Der Kommandeur eilt mit Blaulicht und Martinshorn herbei. Doch weit und breit ist kein DDR-Grenzer zu sehen. „Ich ließ mir ein Megaphon geben und bat um einen Ansprechpartner mit Weisungsbefugnis.“ Dann kommt ein Major. „Die Unterhaltung gestaltete sich etwas schwierig, weil wir uns erst an seine sozialistisch-technokratische Sprache gewöhnen mußten“, erinnert sich Kahnert. Der zuständige Kommandeur des Grenzkreiskommandos Halberstadt, ein Oberstleutnant, bleibt im Hintergrund auf dem Beobachtungsturm. Warum, verrät er ihm später selbst. „Die hatten da alle noch Angst, die Sache könnte wieder rückgängig gemacht werden; und sie hätten dann zur Verantwortung gezogen werden können.“

Mit den DDR-Offizieren werden dann nach einigem Hin und Her die wichtigsten Fragen geklärt: etwa, ob Bundesbürger, die ins Nachbardorf in der DDR wollen, ein Tagesvisum für zehn Mark brauchen. Der Euphorie und Wiedersehensfreude der Bewohner in Ost und West tut das keinen Abbruch. Und in kürzester Zeit asphaltiert ganz unbürokratisch das westdeutsche Straßenbauamt den Weg auf DDR-Gebiet. Bald wird auch das Verhältnis zu den DDR-Grenzern entspannter, man kooperiert gut, und die Offiziere Ost und West laden sich gegenseitig zum Essen ein. Signalzäune, Wachtürme, Sperranlagen – all das verschwindet binnen kurzer Zeit.

CHRISTIAN VOLLRADT

Chronik 1989

4. Oktober 1989

7.500 DDR-Flüchtlinge aus der bundesdeutschen Botschaft in Prag werden erneut mit Sonderzügen über DDR-Gebiet in die Bundesrepublik gebracht. Entlang der Strecke in Sachsen kommt es zu spontanen Unruhen, manche wollen auf die Züge aufspringen. Volkspolizei und Stasi greifen hart durch. Es kommt zu zahlreichen Verhaftungen.

7. Oktober 1989

40. Jahrestag der DDR-Gründung. Die Sicherheitskräfte gehen brutal gegen Demonstranten in Berlin (Ost) vor, die gegen die offiziellen Feierlichkeiten protestieren. Es kommt zu Massenverhaftungen und Mißhandlungen von Inhaftierten. Gründung der Sozialdemokratischen Partei (SDP).

18. Oktober 1989

Erich Honecker wird „aus gesundheitlichen Gründen“ von seinem Amt als Generalsekretär entbunden. Das Zentralkomitee wählt Egon Krenz als Nachfolger. Krenz benutzt erstmals den Begriff „Wende“ für seine politischen Pläne.

23. Oktober 1989



Montagsdemo am 23. Oktober 1989 in Leipzig

Montagsdemonstration mit 300.000 Teilnehmern in Leipzig, Zehntausende in Magdeburg, Dresden, Schwerin, Zwickau, Halle, Stralsund und Berlin sowie bereits an den Vortagen in Plauen und Rostock.

30. Oktober 1989

Treffen von Krenz und Gorbatschow in Moskau: Die deutsche Wiedervereinigung „steht nicht auf der Tagesordnung“. Drei Tage zuvor hatte der neue DDR-Staatsrat eine Amnestie für alle Republikflüchtlinge und bei anderen politischen Straftaten verkündet.

4. November 1989

Nachdem DDR-Bürger wieder visafrei in die CSSR reisen dürfen, können sie über diesen Umweg ungehindert nach Bayern fahren – an den Grenzübergängen bilden sich kilometerlange Schlangen. In Ost-Berlin demonstrieren eine halbe Million auf dem Alexanderplatz für freie Wahlen, Presse- und Meinungsfreiheit.

Orte des Erinnerns

Gedenkstätte Deutsche Teilung

Marienborn (Sachsen-Anhalt)

Die ehemalige Grenzübergangsstelle Marienborn galt jahrelang als Synonym für die deutsche Teilung. Mehr als tausend zivile und militärische Mitarbeiter waren dort für die DDR im Einsatz. Heute beherbergt sie mehrere Dauerausstellungen zur Teilung Deutschlands.

Deutsch-Deutsches Museum

Mödlareuth (Thüringen – Bayern)

Mitten durch das beschauliche Dorf Mödlareuth an der bayerisch-thüringischen Grenze zog sich 1949 die Grenze zwischen der DDR und der Bundesrepublik. Heute erinnern an diesem historischen Ort eine Gedenkstätte und ein Museum an die Geschichte der deutschen Teilung.

Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus

Cottbus (Brandenburg)

Das ehemalige Stasi-Zuchthaus in Cottbus war eines berühmtesten seiner Art. Seit 2013 befindet sich dort auf mehreren hundert Quadratmetern die Dauerausstellung „Karierte Wolken – politische Haft im Zuchthaus Cottbus 1933–1989“.

Gedenkstätte Hohenschönhausen

Berlin

Erst „Speziallager“ des sowjetischen Geheimdienstes, danach zentrale Untersuchungshaftanstalt der Staatssicherheit der DDR. Der Gefängnisbau in Hohenschönhausen ist heute erste Anlaufstelle für die Aufklärung über die SED-Herrschaft.

Gedenkstätte Berliner Mauer

Berlin

Auf 1,4 Kilometer im Herzen von Berlin sind in der Gedenkstätte Berliner Mauer die wichtigsten Fakten und die letzten Überreste des Eisernen Vorhangs zu finden.

Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen

Rastatt (Baden-Württemberg)

Die 1974 auf Anregung des damaligen Bundespräsidenten Gustav W. Heinemann eingerichtete Erinnerungsstätte zeichnet mit Dokumenten, Bildern, Objekten sowie Ton- und Filmmaterial die Geschichte der Freiheitsbewegungen in der DDR nach.

Museum am Checkpoint Charlie

Berlin

Mit knapp 850.000 Besuchern im Jahr gehört das Berliner Mauermuseum zu den meistbesuchten Gedenkstätten in Deutschland. Schwerpunkt sind vor allem die Toten an der innerdeutschen Grenze.

„Helmut, du bist auch unser Kanzler!“

Der andere 9. November 1989: Wie der Oberschlesier Richard Urban Zeitgeschichte mitschrieb

Ja, wo liegt denn das, dieses Himmelwitz?“ Fragend schaut Helmut Kohl sein Gegenüber am Konferenztisch an. Hinter dem Papierschild mit dem Ortsnamen sitzt der 55jährige Richard Urban, Eigentümer des Landgasthauses „Eka – An der Ecke“ und einer der aktivsten Vertreter der deutschen Minderheit in Oberschlesien.

Es ist der Abend des 9. November 1989. Bundeskanzler Helmut Kohl ist zu seinem ersten Staatsbesuch in Polen eingetroffen. Noch ahnt er nicht, was derzeit im geteilten Berlin geschieht. Er hat mit Ministerpräsident Tadeusz Mazowiecki gesprochen. Jetzt sieht das Protokoll ein kurzes Treffen mit Vertretern der deutschen Minderheit in Polen vor, die es offiziell gemäß Staatsräson überhaupt nicht geben kann.

Für die Oberschlesier war diese von der bundesdeutschen Botschaft organisierte Begegnung wichtig. Richard Urban aus Himmelwitz (Jemielnica) bei Groß Strehlitz in Oberschlesien, den seine Mutter noch als Kind immer getröstet hatte, daß „Schlesien bald wieder zu Deutschland gehören wird“, hatte sich bereits 1988 aktiv an der Gründung der illegalen deutschen Freundschaftskreise beteiligt und war bei der Gründungsverammlung in Straduna (Stradunia) an der Seite von Johann Kroll zum Vorstand

gewählt worden. Deswegen wurde er auch in die zwölköpfige Delegation gewählt, die sich am Abend des 9. November 1989 in Warschau mit Bundeskanzler Helmut Kohl treffen sollte.

„Ich war der vierte in einer Reihe von zwölf Leuten und hatte gar nicht damit gerechnet, angesprochen zu werden, zumindest nicht als erster“, erinnert sich Urban. Aber dann habe der Kanzler ihm eine Frage nach der anderen gestellt: Wie viele Deutsche in Himmelwitz leben würden? Und wie viele Kilometer das Dorf von St. Annaberg entfernt sei und ob er Bischof Alfons Nossol persönlich kenne? Fragen, auf die Richard Urban, der sich damals noch Ryszard nennen mußte, sein Leben lang nicht geantwortet hatte.

Natürlich, er sei eines von den Tausenden Schäfchen, die der Oppelner Bischof betreue, antwortet Urban. 60 bis 70 Prozent Deutsche seien sie im Ort, fügt er stolz hinzu. Er selbst organisiere die Treffen, bei denen die Deutschen noch all die schönen Volkslieder singen. Urban spricht plötzlich schnell, fast beschwörend. Nur 25 Kilometer seien es von Himmelwitz bis St. Annaberg, jener Deutschen wie Polen heiligen Anhöhe. Wenn der Herr Bundeskanzler diesen für

seine Landsleute so wichtigen Ort besuchen würde, wäre das ein bedeutendes Signal.

Das weiß auch Kohl. Deutsche Freikorps hatten hier 1921 die polnischen Aufständischen besiegt, die diesen Teil des Deutschland zugesprochenen Oberschlesien für Polen annektrieren wollten. Nach Lesart der kommunistischen Zeitung *Trybuna Ludu* wäre ein Besuch Kohls auf dem Annaberg ein Skandal, denn, so sekundierte der Hamburger *Spiegel*, hier habe die Reaktion „polnische Widerständler blutig niedergeschlagen“. Das sehen auch die Nationalisten in Polen so, ebenso wie die liberalen und linken bundesdeutschen Medien. Aus ihrer Sicht wäre ein Besuch des St. Annabergs durch den bundesdeutschen Regierungschef ein Affront. Und der Kanzler ist nicht nur Politiker, sondern auch Historiker genug, um die Fallstricke zu erkennen.

Auf Wunsch der polnischen Regierung verzichtet Kohl auf einen Besuch des Annabergs und favorisiert dafür Auschwitz und das ehemalige Gut des NS-Widerstandskämpfers Helmuth James Graf von Moltke. Nein, vom Annaberg will Kohl nichts mehr wissen, auch von Richard Urban nicht. Er wendet sich ab und den anderen Oberschlesiern zu. Er erkundigt sich nach der Umweltverschmutzung in Gleiwitz und dem Empfang deutscher Fernsehsender in Ratibor. Dann entschuldigt sich der Kanzler. „Kinder, ich würde gern noch mit euch reden, wir haben noch viel zu besprechen, aber in Berlin ändert sich gerade die politische Großwetterlage. Die Mauer ist gefallen, ich muß zurück.“

Was noch keiner der Anwesenden ahnt: Die deutsche Wiedervereinigung rückt näher und die endgültige Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als deutsch-polnische Grenze. Nur ein Jahr später, am 8. November 1990, unterschreiben Kohl und Mazowiecki den Grenzvertrag, und das Haus der deutschen Freundschaftskreise in Oberschlesien senkt die deutsche Fahne auf Halbmast. Es wird auch kein Nachfolgetreffen Kohls mit den Vertretern der deutschen Minderheit aus Oberschlesien geben. Aber den Staatsbesuch setzt Kohl schon zwei Tage später fort. Und am 12. November 1989 wird die Versöhnungsmesse in Kreisau zelebriert. Zahlreiche Fotos halten das Ereignis fest. Sie zeigen den massigen deutschen Kanzler, der den schmächtigen polnischen Premier umarmt. Für viele scheinbar ein Symbol eines ungleichen Kräfteverhältnisses.

Für das I-Tüpfelchen des Triumphes der Oberschlesier sorgt aber Richard Urban. „Wir hatten etwa 50 Busse organisiert, in denen jeweils 50 Landsleute mitfuhren, waren also mit rund 2.500

„In Berlin ändert sich gerade die politische Großwetterlage. Die Mauer ist gefallen, ich muß zurück.“



FOTO: MAGDO/BIETER/HAUER, 34889099

Bundeskanzler Helmut Kohl (links) während seines Besuchs im niederschlesischen Kreisau am 15. November 1989

Alle Gedenkstätten im Überblick:

► www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/erinnerung

Chronik 1989

9. November 1989



Pressekonferenz mit Politbüro-Mitglied
Günter Schabowski

Beschluß und Verkündung eines neuen Reisegesetzes durch Partei- und Staatsführung; Öffnung der innerdeutschen Grenze für DDR-Bürger. Politbüro-Mitglied Günter Schabowski antwortet während der Pressekonferenz auf die Frage nach dem Inkrafttreten: „Das tritt nach meiner Kenntnis ... ist das sofort, unverzüglich.“

12. November 1989

DDR-Verteidigungsminister Heinz Keßler verkündet offiziell die Aufhebung des „Gebrauchs oder Einsatzes von Schußwaffen“ an der Grenze und den freien Zugang zu allen Sperrgebieten an der Berliner Mauer bzw. der innerdeutschen Grenze.

17. November 1989

Der neu gewählte Ministerratsvorsitzende Hans Modrow schlägt der Bundesregierung eine „Vertragsgemeinschaft“ zwischen DDR und Bundesrepublik vor.

28. November 1989

Bundeskanzler Helmut Kohl stellt im Bundestag seinen Zehn-Punkte-Plan vor: Darin heißt es, ein Zusammenwachsen beider Staaten „liegt in der Kontinuität deutscher Geschichte. ... Wie ein wiedervereinigtes Deutschland aussehen wird, weiß heute niemand. Daß aber die Einheit kommen wird, wenn die Menschen sie wollen – dessen bin ich mir sicher.“

1. Dezember 1989

Die Volkskammer streicht die „führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei“ aus der Verfassung der DDR. Zwei Tage später treten ZK und Politbüro der SED zurück. Krenz verliert sein Amt als Parteichef. Honecker, Mielke, Horst Sindermann und Willi Stoph werden aus der Partei ausgeschlossen.

8. Dezember 1989

Ein Sonderparteitag lehnt die Selbstauflösung der SED ab und wählt Gregor Gysi zum Vorsitzenden. Er fordert die „Neuformierung einer modernen sozialistischen Partei von unten“. Eine Woche später benennt sich die Partei in SED/PDS um.



Richard Urban mit dem Transparent von 1989: Nach der Forderung ist Kohl blaß geworden

deutschen Oberschleslern im nieder-schlesischen Kreisau vertreten“, erzählt er. Hätte das Treffen auf dem Annaberg stattgefunden, hätte man sicher 300 Busse voll bekommen. Auch so seien die Polen völlig überrascht gewesen. „Die waren Opfer ihrer eigenen Propaganda geworden, glaubten selbst, daß es in ihrem Land keine Deutschen mehr gebe und rechneten vielleicht mit 30, 40 Leuten“, sagt Urban.

Die 2.500 Oberschlesier stellen sich entlang des Weges auf, den die Staatsmänner gehen sollten. Und Urban hat sich zwei Überraschungen ausgedacht. So gibt eine Bekannte ein Signal, als der Bundeskanzler auf ihrer Höhe ist, und die Deutschen skandieren lautstark „Helmut, Helmut!“ Für Mazowiecki müsse das ein Schock gewesen sein, grinst Urban noch heute vergnügt. Für ihn, den Oberschlesier, dem die polnischen Machthaber seine Muttersprache verboten hatten, muß diese Demütigung des polnischen Ministerpräsidenten in seinem eigenen Staat, aber in ihrer ober-schlesischen Heimat, eine tiefe Genugtuung gewesen sein.

Und natürlich halten die Oberschlesier Schilder hoch, auf denen Groß Strehlitz, Ratibor und andere Städte Helmut Kohl grüßen. Aber sie sind nichts gegen die zweite Überraschung, die sich der Gastwirt aus Himmelwitz ausgedacht hat. Mit einem extra großen Stoffballen war er zum polnischen Lehrer gegangen, der für seine schöne Kalligraphie bekannt war. „Panie Zbyszku, können Sie mir helfen?“ hatte er diesen gefragt. Und Zbigniew habe genickt. Aber Urban müsse ihm genau aufschreiben, was er da malen solle, denn er könne ja kein Deutsch. Und das tat Richard Urban, und Zbyszek bemalte den Stoff.

In Kreisau entrollen Richard Urbans Söhne dann einen Spruch, der in die Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen eingehen wird und von bundesdeutschen wie polnischen Medien viel weiter gedeutet wurde, als er eigentlich

gemeint war: „Helmut, Du bist auch unser Kanzler.“

Die Fotografen knipsen wie verrückt. Kohl ignoriert den Gruß, ebenso Mazowiecki. Die Medien sind trotzdem empört. Über die Bekundungen der vergessenen deutschen Minderheit im allgemeinen und über diese Frechheit im besonderen, die bis heute aber Richard Urban nicht zugeordnet werden konnte. Dabei endet das Ganze harmlos. Der Bischof bittet die Oberschlesier, ihre Plakate einzurollen, damit die feierliche Messe beginnen könne, und diese folgen als gute Katholiken der Bitte.

Es war nicht so, wie es später Bundespräsident Horst Köhler beim Abendessen zu Ehren Helmut Kohls am 8. November 2009 in Berlin beschreibt, daß die Luft zwischen „deutschstämmigen Schlesiern“ und „polnischen Schlesiern“ vor Spannung geknistert hätte. Dazu waren einfach zu wenig Polen da. Aber Mazowiecki habe sie später einmal auf diesen Tag in Kreisau angesprochen, sagt Urban. „Schön war das nicht von eurer Seite“, habe der Ministerpräsident gesagt, als ihm während eines Besuchs von Bundespräsident Richard von Weizsäcker in Warschau die Vertreter der deutschen Minderheit vorgestellt wurden: Schließlich gehöre Kreisau zu Polen, und die deutschen Oberschlesier hätten ihn auch willkommen heißen können.

Mit den böswilligen Reaktionen der polnischen und bundesdeutschen Medien auf sein Transparent hatte der Gastwirt gerechnet. „Natürlich hatten damals von uns noch einige die Hoffnung, daß wir wieder zu Deutschland gehören würden, aber zu denen gehörte ich nicht“, sagt Urban. „Das war doch alles viel zu lange her.“ Er habe auf seine Landsleute eingeredet: „Die Leute, die hierher gekommen sind, die haben hier Kinder geboren und sind jetzt hier zu Hause. Soll es eine neue Vertreibung geben? Ihr wißt doch, was das bedeutet. Wir wurden zwar nicht vertrieben, weil wir katholisch waren, aber ausgesiedelt aus unseren Häusern.“

Nein, Richard Urban ist sich an jenem 12. November 1989 gewiß, daß kein deutscher Politiker mehr etwas wegen der Grenzen unternehmen wird, auch Kohl nicht. Er mußte dafür nur auf die Landkarte schauen. Und tatsächlich ignoriert der Bundeskanzler bei seinem Polen-Besuch dieses Thema völlig. Er verzichtet nicht auf die Gebiete, aber er akzeptiert stillschweigend den Status quo.

Für Urban und seine Freunde von den deutschen Freundschaftskreisen ist etwas anderes wichtiger: die bisher unterbliebene Anerkennung der Oberschlesier als Deutsche. Und auch das ist Thema am 9. November 1989, als er und die anderen elf Delegierten in Warschau mit dem Kanzler zusammensitzen: „Wir möchten gern zur polnischen auch die deutsche Staatsangehörigkeit, um jederzeit in die Bundesrepublik reisen zu können.“ Nach dieser Forderung sei Kohl so blaß geworden, wie Mazowiecki drei Tage später bei den „Helmut, Helmut“-Rufen in Kreisau, und habe leise gefragt: „Um Gottes willen, ihr bleibt doch hier in der Heimat? Was wollt ihr dafür?“ Und die zwölf Oberschlesier antworten: „Wir möchten offiziell Deutsche sein und deutsche Pässe haben, daß wir für uns und für unsere Kinder sagen können, ja, ich bin ein Deutscher.“

Helmut Kohl hat Wort gehalten. „Wir haben die deutschen Pässe bekommen“, sagt Urban, heute 80 Jahre alt und noch immer in Oberschlesien lebend. Viele seien zufrieden gewesen, weil sie nach Deutschland fahren konnten, um zu arbeiten und Geld zu verdienen. Aber es war ein Geschenk mit Nebenwirkungen. 80 Prozent der jungen Oberschlesier gingen, auch um dem Wehrdienst zu entgehen, für immer nach Deutschland. Auch Richard Urban hat das zu spüren bekommen. Wenigstens zwei seiner vier Söhne sind in der Heimat geblieben, einer hat sogar den Gasthof „An der Ecke“ in Himmelwitz übernommen.

Zwei Schätze aus dieser Zeit bewahrt Richard Urban in seinem Haus noch immer auf: das historische Transparent mit dem Spruch „Helmut, Du bist auch unser Kanzler“, und ein Foto, das die zwölf Oberschlesier mit dem Kanzler zeigt.

PAUL LEONHARD

Kohl sei blaß geworden: „Um Gottes willen, ihr bleibt doch hier in der Heimat? Was wollt ihr dafür?“

Die Letzten

Politische Häftlinge in der DDR erfuhren erst spät vom Mauerfall

Am 23. Dezember 1989 steht Mirko Röwer vor dem berüchtigten DDR-Gefängnis in Cottbus. Der Tag vor Weihnachten war sein letzter als politischer Häftling des SED-Regimes. 20 Mark und Zivilkleidung hatten ihm die Wärter in die Hand gedrückt. Einer von ihnen sagt noch „Tschüss“, dann ist Röwer frei.

Er findet sich in einem anderen Land wieder, erst jetzt erfährt er vom Fall der Mauer. Sieben Monate zuvor wurde er bei einem Fluchtversuch an der tschechoslowakischen Grenze festgenommen. „Wir waren völlig isoliert“, sagt Röwer nun bei einer Veranstaltung in der Stasi-Gedenkstätte in Hohenschönhausen.

„Ich konnte mir das alles nicht vorstellen.“ Er nimmt den ersten Zug nach Berlin und läßt sich von Freunden auf den neuesten Stand bringen, und traut sich kaum auf die Strafe. Warum er nicht sofort in den Westen gegangen ist? „Ich war zu eingeschüchtert!“ Die Stasi werde ihn sofort wieder festnehmen. Sieben Monate als politischer Häftling reichen ihm. Röwer ist mit diesen Erfahrungen nicht allein. Während sich am 9. November tausende Deutsche in Berlin in die Arme fallen, sitzen noch hunderte politische Gefangene in den DDR-Gefängnissen. Sie bekommen nur wenig mit. Viele vegetieren isoliert in ihren Zellen. Allenfalls ein paar Gerüchte dringen durch die Mauern.

Manfred Haferburg hat da noch Glück. Er wurde bereits am 1. November aus der Untersuchungshaft entlassen. Der ehemalige „Geheimnisträger“ war, nachdem 30 Inoffizielle Mitarbeiter der Staatssicherheit seine sozialen Existenz vernichtet hatten, als „Republikflüchtling“ festgenommen worden. Die Montagsdemonstrationen, der Ruf nach Reformen und Einheit hatten die Gefängniswärter verändert. Sie waren unruhiger geworden. Irgend etwas mußte draußen vor sich gehen. Am Tag seiner Entlassung wird er ein letztes Mal mißhandelt. Ein Schlag in die Rippen. „Ich wurde durch die Gänge geschleift.“

Durch die Mauern der DDR-Haftanstalten dringt ein Gerücht: Irgendwas muß da draußen vor sich gehen.

Während er mit verbundenen Augen in ein Auto geschleppt wird, läßt einer seiner Peiniger die Waffe durch. Haferburg hat schreckliche Angst. „Aber die Genugtuung wollte ich ihnen nicht geben. Ich fing einfach an, zu lachen.“ Nach einigen Stunden Fahrt wird er aus dem Auto geworfen. Er trifft eine alte Frau und fragt, wo er ist. Die Antwort ernüchert ihn: Köpenick. Nur ein Gedanke geht ihm durch den Kopf: „Scheiße.“ Zehn Tage später ist er dann wirklich im Westen. Endlich. HENNING HOFFGAARD

Anfang 1976 wurde ich von einem Funktionär der Jungen Union angesprochen, ob ich ihn bei Fluchthilfeaktionen für Leute aus der DDR unterstützen würde. Ich machte mir die Entscheidung nicht leicht.

Zwar war ich gesamtdeutsch eingestellt und ein Gegner der DDR, aber ich wußte auch um das Verfolgungsrisiko, wengleich ich es immer noch unterschätzte. Andererseits bot sich mir hier erstmals die Möglichkeit, als kleiner Teil eines größeren Ganzen etwas Sinnvolles gegen die deutsche Teilung zu tun und zugleich Menschen aus der DDR effektiv zu helfen. Angesichts der Tristesse der Lebensverhältnisse in der DDR konnte ich jeden verstehen, der dort weg wollte.

So willigte ich letztlich ein, Flüchtlinge in einem Kraftfahrzeug versteckt über die Transitstrecken in den Westen zu bringen. Wie jeder „illegal“ Handelnde ging ich natürlich davon aus, es werde alles gelingen. Falls nicht, ging ich angesichts des DDR-Strafrahmens und der Möglichkeiten des Häftlingsfreikaufs davon aus, bei einer Strafe von etwas über zwei Jahren maximal etwas mehr als ein Jahr absitzen zu müssen. Dieses Risiko war ich bereit, auf mich zu nehmen. Das hatte nichts mit

chungsgefängnissen in Berlin. Das Fenster war mit Glasziegeln vermauert, so daß man von draußen nur hell und dunkel erkennen konnte.

Die Gefängniswärter beschränkten sich auf wortlose Gesten oder kurze Befehle. Einziger Gesprächspartner („Sie können mich mit ‚Herr Unterleutnant‘ anreden“) war mein Vernehmer. Erst nach fünf Wochen erfuh ich von einem ersten Mithäftling, daß ich in Hohenschönhausen war.

Schon Ende April hatte ich mir aus einem Verzeichnis der damals in der DDR zugelassenen 624 Rechtsanwälte einen Verteidiger aussuchen dürfen und mich für den mir aus der Presse bekannten Anwalt Dr. Vogel entschieden. Ein Schlag war es schon, als mir im Sommer 1976 ein Vertreter meines Verteidigers (O-Ton des Vernehmers: „Ihr Anwalt befindet sich auf freiem Fuß und besitzt juristische Fachkenntnisse. Ansonsten hat er die gleichen Rechte und Möglichkeiten wie Sie.“) zu verstehen gab, ich müsse mich auf ein Urteil von fünf bis sechs Jahren einstellen. Aber die Hoffnung auf einen vorzeitigen Freikauf blieb.



DDR-Flüchtling im Kofferraum (nachgestellt): Das Risiko unterschätzt

Abenteuerlust, aber viel mit nationalrevolutionärer Romantik zu tun, von der ich als damals Zwanzigjähriger nicht frei war.

Am 9. April 1976 war es schließlich so weit. Ich versuchte, eine vermeintliche Familie mit einem Kleinkind im Kofferraum eines Fahrzeugs verborgen über den Grenzübergang Marienborn in die Bundesrepublik zu bringen. Das Vorhaben war bereits bei der Einreise zum Scheitern verurteilt, weil die Verstärkung der Heckfederung des Fahrzeugs bei der Einreisekontrolle als „Heckhochstand“ aufgefallen und mein Fahrzeug daraufhin zur Kontrolle bei der Ausreise vorgemerkt worden war. So wurden wir alle in Marienborn festgenommen.

Einen Tag später befand ich mich in einer Einzelzelle eines Stasi-Untersu-

Mit der Strafanstalt Rummelsburg verglichen, war die Stasi-Haft in Hohenschönhausen ein Idyll.

montierten. Die Unterbringung war auch auf dem Arbeitskommando nicht anders.

Die Haftbedingungen änderten sich erst im Mai 1977 etwas zum Besseren. Statt einzelner Zellen gab es nun Hafttrakte mit untereinander verbundenen Hafträumen und einem getrennten Dusch- und Sanitärraum. Aber auch hier blieb die belastende Massenunterbringung von nunmehr 30 Häftlingen pro Trakt.

Im Laufe des Jahres 1978 wurde dann deutlich, daß ich nicht freigekauft würde, obwohl ich die Hälfte meiner Haftzeit abgessen hatte. Hintergrund war die Funktion meines Vaters als Landeschulrat von Berlin, die die DDR zu dem Versuch verleitet hatte, in meinem Fall den Frei-

kaufpreis hochtreiben zu wollen. Als sich die westliche Seite hierauf nicht einließ, blockte die DDR meinen Freikauf völlig. Nun war guter Rat teuer, und mein Vater mußte alle seine politischen Kontakte nutzen, um über Herbert Wehner letztlich meine Aufnahme „aus humanitären Gründen“ in die Austauschprogramme der deutsch-deutschen Nachrichtendienste zu erreichen.

Von diesen Bemühungen wußte ich in Rummelsburg natürlich nichts, so daß sich die letzten Monate in Haft für mich besonders belastend gestalteten. Irgendwie schien nun schon die Verbüßung der gesamten Strafzeit bis April 1981 im Raum zu stehen. Hinzu kam, daß wir seit Oktober 1978 im Dreischicht-System rund um die Uhr arbeiteten. Vor allem die Nachtschichtwochen waren auch körperlich sehr belastend.

Im Juli 1979 erfolgte dann der Austausch. Zusammen mit einer Frau aus Bautzen II wurden wir im Mercedes 250 des Rechtsanwalts Vogel über den Grenzübergang Invalidenstraße zum West-Berliner Anwaltsbüro Stange in der Bundesallee gefahren, wo mich meine Familie erwartete. Einen Monat später begann ich mit der Niederschrift meiner Hafterlebnisse, die erstmals im Oktober 1981 unter dem Titel „Gefangen und freigekauft“ erschienen. Es war der erste Erlebnisbericht eines westdeutschen Fluchthelfers und DDR-Häftlings, der zugleich das Schweigegebot der Entspannungspolitik über derlei Angelegenheiten durchbrach. So war es auch schwer, für das Manuskript damals einen Verlag zu finden, aber als das Buch erschienen war, stieß es auf erhebliche Resonanz. Rückblickend denke ich, durch mein Buch weitaus mehr bewirkt zu haben als durch das gescheiterte Fluchthilfedorhaben.

Gleichwohl sind 35 Jahre nach meiner Haftentlassung und 25 Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer die damaligen Ereignisse glücklicherweise nicht die für mein Leben prägenden geblieben, sondern haben sich als gleichberechtigte Bestandteile meiner Biographie in diese eingereiht.

MATTHIAS BATH

Dr. Matthias Bath, geboren 1956, arbeitet als Staatsanwalt und Publizist in Berlin.

Alles andere als ahnungslos

Bonns Bundesnachrichtendienst war über die Zustände in der DDR gut informiert

Es ist heute üblich, sein Nicht-Wissen über das Ende der DDR mit der Unwahrheit zu entschuldigen, die damalige Entwicklung sei „nicht voraussehbar“ gewesen. Egon Bahr behauptet sogar, die westliche Spionage habe „nichts gewußt“, und viele äßen diese Phantasie-Story gläubig nach. Schon kurzes Nachdenken hätte zu der Frage geführt, wie eine solche Behauptung entstehen konnte. Dafür gibt es lediglich zwei Möglichkeiten: Entweder kannte Bahr sämtliche Geheimakten aller westlichen Nachrichtendienste oder diese hätten ihm ihr (angebliches) Nicht-Wissen gebeichtet – beides ist höchst unwahrscheinlich. Sogar die DDR-Stasi warnte noch 1989 vor der „qualitativen und quantitativen Verstärkung“ der BND-Spionage. Zutreffend stellte unlängst die *Süddeutsche Zeitung* in einem Artikel eines seriösen Experten fest: „Der einzige, der die Wiedervereinigung kommen sah, war der Bundesnachrichtendienst.“

Sein Präsident in dieser Zeit, Hans-Georg Wieck, hatte zuvor als westdeutscher Botschafter in Moskau die UdSSR mit ihrer wirtschaftlichen Stagnation sehr kritisch erlebt. Nirgendwo erhielt sie noch notwendige Kredite, sie besaß indes ein Faustpfand: die DDR. Über diesen Teil Deutschlands war die BND-Zentrale in Pullach stets gut informiert, auch nach dem Bau der Mauer.

Im Spätsommer 1988 gelang es sogar, ein Mitglied des ZK der SED anzuwerben, das über gute Verbindungen zu Honecker sowie Mielke verfügte und den Bundesnachrichtendienst über jeden größeren Schachzug Ost-Berlins bis zuletzt in Kenntnis setzte. Vieles berichteten dessen geheime Augen und Ohren aus den SED-Bezirksleitungen, über die ebenfalls manches über die Führungsspitze zu erfahren war. Selbst im Ministerium für Staatssicherheit besaß man Zuträger. Das Buch des einstigen BND-Spions Werner Stiller über die MfS-Spionage, das Pullach vielen Angehörigen dort zukommen ließ, führte zu einer weitgehenden Verunsicherung. Im Apparat des Devisen-Schmugglers Alexander Schalk-Golodkowski gab es manche höhere Funktionäre, die für den BND tätig waren. Über ihn selbst kursieren unterschiedlichste Gerüchte; Tatsache ist, die Bundesregierung wollte ihm 1990 eine neue Identität verschaffen – eigentlich erfolgt Derartiges nur dann, wenn der Betreffende für jenen Staat Außergewöhnliches geleistet hatte ...

Innerhalb der Sowjetischen Besatzungstruppen waren offensichtlich einige Offiziere aufseiten Pullachs gewesen. Ihre Kasernen jedenfalls standen stets unter Kontrolle von scheinbar harmlosen DDR-Fußgängern, die sich für die Truppenstärken, deren Panzer und Geschütze interessierten. Vergessen darf man nicht, daß bis zu 8.000 DDR-Bewohner für Reparaturen in sowjetischen Militäranlagen eingesetzt waren und vieles, was sie sahen, an den BND weiterleiteten.



BND-Chef Wiek



Sitz des BND in Pullach: Über jeden Schachzug in Ost-Berlin informiert

Wladimir Putin, damals KGB-Offizier in Dresden, besaß eine Geliebte. Als diese schwanger wurde, was im KGB-Milieu nicht bekannt werden durften, gab Putin ihr im Sommer 1989 zur Abtreibung eine Ausreisegenehmigung nach West-Berlin. Sie blieb dort für immer, stand die DDR-Bewohnerin doch seit Jahren in Diensten des BND.

Bei den DDR-Streitkräften verfügte Pullach über „Quellen“ bis in die höchsten Spitzen. Rund 4.000 Bundeswehrsoldaten betrieben für den BND taktische Fernmeldeaufklärung; recht oft kannten sie sogar die Namen der sowjetischen Flugzeugbesatzungen. Die Awacs-Maschinen der Nato beherrschten überdies den gesamten Luftraum bis Polen. Die elektronische Aufklärung des BND galt als führend bei allen westlichen Diensten. Ein militärischer Überraschungsangriff des Warschauer Paktes gegen Westeuropa wäre jederzeit schon in dessen notwendigen Vorbereitungen erkannt worden.

Während das oft naive offizielle Bonn an die Propagandawirtschaftszahlen Ost-Berlins glaubte, die DDR sei die „zwölftstärkste Volkswirtschaft der Welt“, waren Wiek und seine Führungsspitze vom Gegenteil überzeugt: Sie kannte die ungeheuren Schulden des Regimes, und nach ihrer Analyse werde die UdSSR bereits 1990 die DDR nicht mehr un-

Der BND schaffte es 1988 sogar, einen führenden SED-Funktionär mit gutem Draht zu Honecker anzuwerben.

terstützen können; Ost-Berlin würde sehr bald finanziell und dann auch politisch einen Kollaps erleiden. Als am 9. Oktober 1989 in Leipzig 70.000 Demonstranten die Straßen beherrschten und die bewaffneten DDR-Einheiten zurückwichen, prognostizierte man in der Pullacher Heilmannstraße: Das ist der Anfang vom Ende der DDR. Unvergessen ist andererseits die Anfrage des Bundeskanzleramts, ob es sich bei den Demonstranten um westdeutsche NPD-Propagandisten gehandelt hätte.

Den genauen Tag des Falls der Mauer hat niemand vorausgesehen; im Spätsommer 1989 indes unternahm der BND zahlreiche Anwerbungsversuche bei SED-Führern mit dem Hinweis, die Mauer werde bald fallen, und es sei gut, sich auf die neue Zeit einzurichten ...

Entgegen der Ansicht mancher westdeutscher Politiker, die Einheit solle langsam erfolgen, drängte Pullach auf eine schnelle Wiedervereinigung. Nach BND-Erkenntnissen würde diese Chance nur in der Zeit bestehen, in der Moskau noch nicht unter den Druck der regionalen Machtzentren Rußlands geraten sei. Heute weiß man: Diese Desintegration begann bereits Ende 1990, also drei Monate nach der Wiedervereinigung Deutschlands.

FRIEDRICH-WILHELM SCHLOMANN

Dr. Friedrich-Wilhelm Schloman ist freiberuflicher Autor zahlreicher Bücher, meist über nachrichtendienstliche Themen.

Chronik 1989

10. Dezember 1989

In einem Telefonat mit Gysi bringt der Generalsekretär der KPdSU Michail Gorbatschow seine Mißbilligung von Kohls Zehn-Punkte-Plan zum Ausdruck: Jeder Versuch des Westens, die Souveränität der DDR einzuschränken, werde von der Sowjetunion zurückgewiesen. Der stellvertretende SPD-Vorsitzende Oskar Lafontaine will die Übersiedlung aus der DDR rechtlich einschränken: „Das Übersiedeln soll nur stattfinden, wenn die Frage des Arbeitsplatzes und der Wohnungsnot geklärt ist.“

11. Dezember 1989

300.000 Menschen demonstrieren in Leipzig. Viele haben schwarzrot-goldene Fahnen dabei und skandieren „Deutschland, Deutschland“. Einer Umfrage der Leipziger Volkszeitung zufolge sprechen sich drei Viertel der Bewohner der Stadt für die Wiedervereinigung aus.

17. Dezember 1989

Die Regierung Modrow kündigt an, das Amt für Nationale Sicherheit (Nachfolger der Stasi) aufzulösen.

18. Dezember 1989

Der „Runde Tisch“ spricht sich für eine „Vertragsgemeinschaft“ von DDR und Bundesrepublik aus. „Berliner Erklärung“ der SPD: „Wir wollen nicht zurück in das Zeitalter der Nationalstaaten ...“ Die „Frage der Nation bleibt den Erfordernissen des Friedens untergeordnet“.

19. Dezember 1989



Bundeskanzler Helmut Kohl spricht in Dresden mit DDR-Ministerpräsident Hans Modrow

Gipfeltreffen von Kohl und Modrow. Dieser lehnt Kohls Zehn-Punkte-Plan ab und besteht auf einer Eigenstaatlichkeit der DDR. Abends spricht der Kanzler an der Ruine der Frauenkirche vor Zehntausenden Menschen: „Mein Ziel ist und bleibt – wenn die geschichtliche Stunde es zuläßt – die Einheit unserer Nation.“

22. Dezember 1989

Das Brandenburger Tor ist nach 28 Jahren wieder offen. In den Wochen seit Öffnung der Mauer am 9. November besuchten über neun Millionen DDR-Bürger West-Berlin und die Bundesrepublik.



Visualisierung der Lichtgrenze am Brandenburger Tor: Die Erinnerung verzaubert auch das Schlimme

Berlin geht ein Licht auf

8.000 Luftballons sind keine Mauer: Die Hauptstädter erinnern sich mit einem ganz besonderen Einfall an die schönste aller Nächte

Moritz van Dülmen hat die Absicht, eine Mauer zu errichten. Besser gesagt, eine Grenze aus Stehlampen. Mitten durch Berlin. Anders als Walter Ulbricht macht van Dülmen allerdings keinen Hehl aus seinen Plänen. Der Geschäftsführer der Kulturprojekte Berlin will am Wochenende des 9. November mit rund 8.000 aneinandergereihten, durch LED-Lämpchen erleuchtete Stelen „quasi die Stadt teilen“. Auf den Stelen liegen weiße Ballons, die von Tausenden Ballonpaten mit Botschaften versehen werden. Am Abend des 25. Jahrestags des Mauerfalls („Wir Deutschen sind jetzt das glücklichste Volk auf der Welt“ brach es aus Berlins Regierendem Bürgermeister Walter Momper heraus) sollen die Ballons dann in den Himmel steigen.

„Lichtgrenze“ nennt sich das Projekt, das auf einem rund 15 Kilometer langen innerstädtischen Teilstück der ehemaligen Mauer an die betonharte Teilung Berlins zwischen 1961 und 1989 erinnern soll. Das Konzept erdachten die Gebrüder Christopher und Marc Bauder, einer Medienkünstler, einer Filmregisseur. Über mangelnde Aufmerksamkeit müssen sich die beiden wohl keine Sorgen machen: In den zurückliegenden Jahren hat weltweit das Interesse an den tollkühnen Berliner Ereignissen am 9. November und den Wochen danach zugenommen.

Die Paten, die sich um „ihren“ Ballon kümmern und dafür sorgen, daß er gleichzeitig mit allen anderen an jenem Abend aufsteigen kann, können ihre Erinnerungen an den Tag, an dem Berlin innerlich wiedervereint wurde, sowie Bot-

schaften und Wünsche an den Ballons anbringen. Die Bürger sind zum Mitmachen aufgefordert: sowohl vor Ort als auch mit einer virtuellen Ballonpatenschaft. Auf der Internetseite www.fallofthewall25.com gehen jeden Tag neu persönliche Botschaften ein.

Die Schauspielerin Nadja Uhl war 17, als ihr plötzlich die Welt offenstand – „und ich wünsche mir, daß damit aufgehört wird, die dunklen Seiten dieser Zeit zu verharmlosen“, bezog sie vor der Kamera Stellung. Für Axel Klausmeier, den Direktor der Stiftung Berliner Mauer, ist der 9. November „ein Hoffnungssymbol für diese Welt heute. Wir sehen es ja gerade beispielsweise in Hongkong.“ Österreichs Jung-Außenminister Sebastian Kurz, der in jenen Novembertagen noch in Windeln schlief, sieht im Mauerfall „das Ereignis, das dazu geführt hat, daß meine Generation in einem vereinten Europa aufwachsen durfte“.

Ballonpate Wolfram Ritschl ist Besitzer des Edel-Restaurants „Paris-Moskau“ unweit der Sektorengrenze in Berlin-Tiergarten: „Es gab überwiegend sprudelnde Getränke“, erinnert sich der Wirt an die Nacht, in der er die Spenderhosen anhatte. „Wer sehr müde war, bekam einen Kaffee, viele kamen ja direkt von der Arbeit und wollten mal kurz nach West-Berlin.“ Ritschl kommt ins Erzählen: „Die Euphorie war auch, sich jetzt kennenzulernen, aber es waren zunächst mal Leute, die uns viel weniger vertraut waren als die Franzosen oder die Hamburger oder die Italiener.“ Und setzt dann nachdenklich hinzu: „Wir haben überhaupt nicht geahnt, daß wir in unserem Leben erleben

würden, daß die Mauer aufgeht. Das war ein Denkverbot.“

Trotz des Berliner Mauerfalls gibt es noch immer gewaltsam getrennte Völker, und so tritt die Evangelisch-Koreanische Han-In-Gemeinde als Pate auf den Plan, getrieben vom Schmerz um die andauernde Teilung von Nord- und Südkorea.

Zusätzlich zur Ballon-Aktion wird es in Abständen von 150 Metern etwa 100 Freiluft-Ausstellungen geben, die sich entlang der „Lichtgrenze“ auf Tafeln mit Mauer Geschichte beschäftigen. Dazu kommen Infostände, Führungen und Aussichtstürme. Einige Orte wie das Brandenburger Tor oder der Checkpoint Charlie werden Filmcollagen aus der Zeit der Mauer präsentieren. Am Brandenburger Tor jedoch macht die Berliner Staatskapelle ganz großen Bahnhof. Daniel Barenboim dirigiert den Schlußsatz

von Beethovens Neunter Sinfonie mit der „Ode an die Freude“. Alle Menschen werden Brüder, wo dein sanfter Flügel weilt.

Der Name der zugehörigen Facebook-Seite ist übrigens typisch für eine deutsche Geschichtsveranstaltung: „Fall of the wall 25.“ Deutsche Fahnen: Fehlanzeige. Es geht auch nicht um Fußball. Vielleicht schreibt jemand den frommen Wunsch auf einen Ballon, daß die nächste Gedenkveranstaltung in deutscher Sprache „Mauerfall“ heißen möge. Berlin ist schließlich immer für Wunder und Überraschungen gut. Oder wie es der Ballonpate und Präsident des Europäischen Parlaments, Martin Schulz (SPD), formuliert: „Ich persönlich verbinde mit dem 9. November die Erkenntnis, daß ein Politiker nie nie sagen sollte. Ich habe nicht damit gerechnet, daß die Mauer fiel.“

LION EDLER



Lichtgrenze am ehemaligen Checkpoint Charlie: Botschaften und Wünsche